

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Befenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

„Das Gesetz von Angebot und Nachfrage muß sich eine Zeitlang wenigstens in einem tariflosen Zustand auswirken“

Die Reichstarifvertragsverhandlungen sind gescheitert. Den Unternehmern kam es weniger auf das Zustandekommen des Reichstarifvertrages als auf die Lohngestaltung an. Das ist ihnen von den Arbeitervertretern auch deutlich gesagt worden. Die Unternehmer haben das zwar zu bestreiten versucht, aber ihre Taktik bei den Verhandlungen konnte darüber gar keinen Zweifel lassen. Warum haben sie sonst das Entgegenkommen der Arbeitervertreter, für die letzte Februarwoche die Lohnverhandlungen zwischen den Parteien der bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife freizugeben, nicht akzeptiert? Die hieran getnüpfte Voraussetzung hätte sie davon nicht abhalten brauchen, wenn sie wirklich ehrlichen Willens gewesen wären, die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag auch ihrerseits zu fördern und zum Abschluß zu bringen. An diesem ehrlichen Willen mangelt es jedoch bei den Unternehmern. Und deshalb ist der Schluß, den die Arbeitervertreter aus diesem Verhalten ziehen mußten, auch durchaus richtig: Erst Lohnabbau großen Stils auf der ganzen Front, dann lassen die Unternehmer mit sich über einen Reichstarifvertrag reden, der natürlich nach ihren Forderungen gestaltet werden muß. Im andern Falle hat er für sie keinen Wert.

Für den Frontalangriff auf den Lohn sind im Unternehmerlager alle Vorbereitungen getroffen. Durch Ergebnisse von Erhebungen über den Lohnstand in den Bezirken wollen die Unternehmer den Nachweis erbringen, daß in zahlreichen Fällen erheblich unter Tariflohn gearbeitet wird und daß sich die baugewerblichen Arbeiter freiwillig zum Billigerarbeiten anbieten. Daß es sich in allen solchen Fällen um glatten Tarifbruch seitens der Unternehmer und um allerhöchste Ausnutzung der Notlage der Arbeiter handelt, kommt den Unternehmern anscheinend gar nicht zum Bewußtsein. Der Zweck heiligt die Mittel. Lohnabbau um jeden Preis. Was übrigens die Unternehmer in den Reichstarifvertragsverhandlungen in Abrede stellten, wird in Rundschreiben und Anweisungen von Bezirksarbeitgeberverbänden rückhaltlos offenbart.

Vor uns liegt eine „Denkschrift“, die der Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe in Magdeburg seinen Mitgliedern mit einem Rundschreiben hat zugehen lassen. In der Denkschrift wird zunächst beklagt, daß bisher „nichts tatsächlich Praktisches zur Behebung der Notlage geschehen“ sei; man kurriere an den Symptomen herum, ohne den Mut zu haben, an den eigentlichen Krankheitsreger heranzugehen. Dann folgen einige sehr krause Betrachtungen über Preis- und Lohnhöhe. Der Preis richte sich nach Angebot und Nachfrage, die Preishöhe bestimme nicht der Produzent, sondern der Konsument. Eine gewisse Einschränkung wird hinsichtlich der durch Kartelle festgesetzten Preise gemacht. „Wenn heute über allzu hohe Preise geklagt wird, so liegt das allein an der Bequemlichkeit, an der mangelnden Organisationsfähigkeit der Konsumenten und daran, daß die Konsumenten für zuviel überflüssige Dinge noch immer genügend Geld haben.“ Der Preisabbau komme in ganz natürlicher Weise von selbst, er dürfe nur nicht befohlen werden. So sagt die „Denkschrift“. Seit Monaten wartet vor allem die arbeitende Bevölkerung auf die angekündigte Preisenkung; bisher vergebens. Nun weiß sie, daß sie selbst daran schuld ist, wenn sie noch nicht eingetreten ist.

Der Verfasser der „Denkschrift“ — wahrscheinlich irgendein Syndikus — wendet sich dann der Arbeitslosigkeit zu. Die Ursache der Arbeitslosigkeit sieht er

in der mangelnden Ertragsfähigkeit der Wirtschaft. Wolle man die Arbeitslosigkeit beheben, so müsse versucht werden, die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft wieder herzustellen. Das geschehe aber nicht, wenn zwangsweise die Preise gesenkt werden. Gesenkt werden müssen die Ankosten, und zwar bei Aufrechterhaltung des Preisstandes, damit eine entsprechende Verdienstspanne übrigbleibe. Und so kommt der Verfasser zu dem Kernstück:

„Anders liegen die Dinge bei den Löhnen und Gehältern. Letztere befinden sich heute auf einer Höhe, wie sie den Zeiten der Hochkonjunktur entsprach. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit schlagen sie dem wirtschaftlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage ins Gesicht.“

Anschließend bekommen die staatlichen Schlichtungsinstanzen eins aufs Dach, „mit deren Hilfe im Laufe der Jahre die Löhne ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage heraufgesetzt sind, die aber jetzt aus politischen Gründen nicht den Mut haben, die Löhne herabzusetzen.“ Dem Verfasser sind anscheinend die in jüngster Zeit erfolgten ganz beträchtlichen Lohnherabsetzungen für die Arbeiter großer Industriezweige durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen unbekannt geblieben, sonst könnte er eine solche Behauptung nicht wagen.

Für das Baugewerbe stellt er folgendes fest: „Auf Grund von Schiedsprüchen ist der Lohn bei der Mehrzahl unserer Betriebe noch im Januar 1929 um zirka 5 % erhöht worden. Der Stundenlohn für den Bauarbeiter betrug am 1. April 1929 1,31 M. Er hat sich bis heute nicht verändert. Der Lebenshaltungsindeks betrug im April 1929 153,6, er betrug im Oktober 1930 145,4. Dabei sind zur Zeit der Bauzeit über 60 % aller Bauarbeiter erwerbslos gewesen. Fast alle Preise der Lebenshaltung sind seit dem vergangenen Jahre auf Grund der von uns geführten statistischen Unterlagen gesunken. Infolge der bestehenden Tarifverträge ist trotz Sinkens der Preise eine Erstarrung, Versteifung der Löhne eingetreten. Nicht darum handelt es sich, die Löhne jetzt blindlings und sinnlos herabzusetzen, sondern dieselben der augenblicklichen Wirtschaftslage entsprechend und entsprechend dem starken Angebot an Arbeitskräften in Einklang zu bringen. Das wird von allen maßgebenden Ministern heute als richtig erkannt, ohne daß die Schlußfolgerungen daraus gezogen werden. Wir haben heute unendlich viel Arbeitslose, die bereit sind, um von der Straße wegzukommen, zu niedrigeren, angemessenen Löhnen zu arbeiten. Infolge der Tarifverträge ist es für jeden Unternehmer ein Risiko, sich auf ein derartiges Vertragsangebot einzulassen. Was kann dagegen geschehen? Zunächst muß die Möglichkeit beseitigt werden, durch die Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen einen Zwangstarif zu schaffen. Die Erfahrung hat gelehrt und zeigt es jetzt wieder in Berlin, daß Zwangstarife nur zugunsten der Arbeitnehmer geschaffen wurden. Jeder Unternehmer sollte in seiner politischen Partei ganz energisch dafür eintreten, daß die gesetzliche Bestimmung, die die Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen zuläßt, sofort aufgehoben wird.“

Verweilen wir zunächst einen Augenblick bei dem Lohn der Bauarbeiter. Die Angaben darüber stimmen. Im Frühjahr 1930 haben die Unternehmer im Baugewerbe bereits den Versuch unternommen, die Löhne erheblich abzubauen. Das ist mißlungen. Die tariflichen Schlichtungsinstanzen haben nicht mitgemacht; sie konnten sich den von den Arbeitervertretern gegen

eine Lohnherabsetzung vorgetragenen Gründen nicht verschließen und haben es deshalb bei dem damaligen Lohnstand bewenden lassen. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen haben bei der Lohnregelung im Baugewerbe nicht mitgewirkt. Warum sie deshalb von den Unternehmern gescholten werden, ist unverständlich; wenn sie nicht nach alter Uebung auf den Sack schlagen und den Esel meinen. Wer in diesem Fall der Esel sein soll, liegt auf der Hand. Wenn auf den Rückgang des Lebenshaltungskostenindex hingewiesen wird, so ist das wenig von Belang, nachdem allmählich alle Welt weiß, was es damit auf sich hat. Für die Beurteilung der Lebenshaltung selbst spielt der Index gar keine Rolle. Sehr interessant ist aber die Feststellung, daß durch die Tarifverträge eine Erstarrung und Versteifung der Löhne eingetreten ist; sie beweist, daß der Verfasser der „Denkschrift“ den Sinn des Tarifvertrages bis heute nicht begriffen hat. Wir möchten demgegenüber nur bemerken, daß in Zeiten günstiger Konjunktur maßgebende Unternehmerkreise den Tarifvertrag ganz anders beurteilen, daß sie die durch ihn eingetretene „Erstarrung“ der Löhne dann gern in Kauf nehmen. Wie ernst die Betenerung zu nehmen ist, daß man die Löhne nicht blindlings und sinnlos herabsetzen will, beweisen die folgenden Ausführungen, wonach man sie nur mit der augenblicklichen Wirtschaftslage und dem starken Angebot von Arbeitskräften in Einklang bringen will. Und weiter der Hinweis auf die Bereitwilligkeit vieler Arbeitsloser, billiger zu arbeiten, womit wir uns oben bereits auseinandergesetzt haben. Der Anwille gegen die Verbindlicherklärung und den Zwangstarif will uns bei der bisherigen Erledigung der Lohn- und Tariffragen im Baugewerbe nicht recht verständlich erscheinen. Vielleicht aber soll hier schon im Vorwege gegen eventuelle Möglichkeiten künftiger Regelungen protestiert werden. Dem könnten ja aber die Unternehmer sehr leicht begegnen, wenn sie ernstlich versuchten, ohne die erwähnten Instanzen zu einem Abschluß zu kommen. Hier hapert's eben! Daß Zwangstarife nur zugunsten der Arbeiter geschaffen worden sind, ist natürlich auch eine Behauptung, die nur jemand aufstellen kann, der über eine ziemliche Portion Weltfremdheit, wenigstens in diesen Dingen, verfügt. Was im übrigen die „Denkschrift“ gegen die staatlichen Schlichtungsstellen anführt, können wir übergehen. Aber der Verfasser kommt dann nochmals auf den Lohnabbau zurück, und was er hier sagt, interessiert uns:

„Es nützt auch gar nichts, ob in diesem oder jenem Falle der Lohn um ein paar Pfennige abgebaut wird. Worauf es ankommt, ist, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage sich eine Zeitlang wenigstens in einem tariflosen Zustand auswirken muß. Dabei ist es keineswegs notwendig, daß dieser tariflose Zustand für alle Fachgruppen eintritt, sondern nur da, wo der Lohn tatsächlich überhöht und der betreffenden Gruppe nicht mehr tragbar erscheint. Es ist auch unsinnig, den Arbeitnehmern zu erzählen, es handle sich nur um eine Senkung des Nominallohnes, der Reallohn, das heißt die tatsächliche Kaufkraft des Einkommens, müsse derselbe bleiben. Das ist unter den augenblicklichen Verhältnissen und bei der heutigen Wirtschaftslage nicht möglich. Tatsächlich brauchte die Lebenshaltung auch bei der Senkung des Reallohnes der gesamten Bevölkerung nicht zu sinken, wenn in der Auswahl der einzelnen Artikel der Lebenshaltung eine gewisse Verschiebung eintritt. Genuß von Schwarzbrot anstatt Weißbrot und Feingebäck, Auswahl von größeren

Artikeln von Textil- und Schuhwaren. Man sollte endlich aufhören, der großen Masse vorzulügen, daß bei der Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, es möglich sei, mit weniger Arbeit genau so wie bisher leben zu können. Die wirtschaftliche Lage eines armen Volkes kann wie die des einzelnen Staatsbürgers nicht dadurch gehoben werden, daß er weniger arbeitet und mehr verbraucht, um die Kaufkraft der Gesamtheit zu stärken, sondern nur umgekehrt, durch mehr Arbeit und Einschränkung des Verbrauchs."

Das ist deutlich. Nur die Arbeit kann uns retten! Besondere Beachtung verdienen jedoch die eingangs gemachten Ausführungen: „Worauf es ankommt, ist, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage sich eine Zeitlang wenigstens in einem tariflosen Zustande auswirken muß.“ Wenn Worte einen Sinn haben, dann heißt das nichts weiter, als fort mit dem Tarifvertrag. Das ist zwar rücksichtslos, aber offen. Wenn das die Parole der Unternehmer auf der ganzen Linie ist, dann herrscht nunmehr vollkommen klare Sicht. Wie eine solche Parole allerdings in Einklang zu bringen ist mit dem von den Spitzen der Unternehmerverbände in den Reichstarifvertragsverhandlungen abgelegten Bekenntnis zum Tarifvertrag, ist schwer zu ergründen.

Auch das Rezept des Verfassers der „Denkschrift“, wie die Arbeiter bei geringerem Lohn Einkommen ihre Lebenshaltung gestalten müßten, ist wahrlich interessant. Es beweist allerdings auch nur wieder, wie weltfremd der Verfasser in diesen Dingen ist, sonst müßte ihm geläufig sein, daß die große Mehrzahl der Arbeiter heute bereits in so ärmlichen, dürftigen Verhältnissen lebt, daß vielfach selbst das Allernotwendigste entbehrt werden muß.

Auch über die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit äußert sich die „Denkschrift“. Wie nicht anders zu erwarten ist, in ablehnendem Sinne. Arbeitszeitverkürzung und Mehreinstellung von Arbeitern bedeute eine Verteuerung der Betriebe; dadurch würde aber die Arbeitslosigkeit nicht verkleinert, sondern noch erheblich vergrößert. Das sind Einwände, die uns genügend bekannt sind, die wir zu unserem Leidwesen immer wieder hören, die aber selbst durch ihre fortwährende Wiederholung keineswegs überzeugen. Daß die Arbeitszeitverkürzung eines der wenigen Mittel ist, um der Arbeitslosigkeit in etwas zu begegnen, wollen die Unternehmer nicht zugeben.

Den Schluß der „Denkschrift“ bilden recht sonderbare Betrachtungen über kapitalistische und sozialistische Wirtschaft. Sie klingen aus in dem Schluß, daß nur die kapitalistische Wirtschaft uns retten könne. Hätte man nicht den Organismus der Gesamtwirtschaft zerstört und ihre Geseze sich auswirken lassen, so wäre auch die große Arbeitslosigkeit vermieden worden. Eine Schlußfolgerung, die zwar reichlich dunkel und deshalb schwer zu ergründen ist, aber schließlich ist ja die „Denkschrift“ für Unternehmer geschrieben; sie werden für ihren Inhalt schon das nötige Verständnis haben.

Die Einstellung der großen Masse des Volkes, der Beamten und Arbeiter zur kapitalistischen Wirtschaft sei, so behauptet die „Denkschrift“, nur den Gefühlen des Neides und der Mißgunst entsprungen; wie auch die Triebfeder für Karl Marx zu seinem wissenschaftlichen Sozialismus nur das Gefühl des Neides und der Mißgunst gewesen sei.

Wer hiernach den wissenschaftlichen Wert dieser „Denkschrift“ noch nicht zu schätzen weiß, dem ist nicht zu helfen.

Lohnklasse der Arbeitslosenversicherung eingereicht werden muß, als es seinem tatsächlichen Entgelt entsprechen würde. Angenommen, ein Versicherter hat ein wöchentliches Arbeitsentgelt von 50 M. Die entsprechende Lohnstufe der Krankenversicherung umfaßt alle Verdienste von 40 bis 50 M. einschließlich. Die Grundlohnklasse beträgt dementsprechend 45 M. Er würde in der Arbeitslosenversicherung nach Klasse VIII einzugruppiert sein. Würde die Eingruppierung jedoch nach seinem tatsächlichen Arbeitsentgelt erfolgen, so gehörte er in Klasse IX der Arbeitslosenversicherung. Solche Härten lassen sich nur dadurch ausschließen, daß die Krankenkassen durch Satzungsänderung ihre Grundlöhne den Lohnklassen der Arbeitslosenversicherung anpassen.

War der Versicherte bei der Krankenkasse in der richtigen Grundlohnstufe angemeldet, so kommt es nicht darauf an, ob die Beiträge überhaupt oder nur unvollständig an die Reichsanstalt abgeführt worden sind. Ein geringerer Betrag als der, den der Arbeitgeber beim Abzug des Beitrages zugrunde gelegt hat, darf nämlich nicht für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse zugrunde gelegt werden (§105 Absatz 4). Es ist aber auch nicht einmal entscheidend, ob der Arbeitnehmer die Beiträge richtig und vollständig abgeführt hat, sofern nur die Veranlagung durch die Krankenkasse richtig erfolgt ist. Dies spricht auch der Präsident der Reichsanstalt in einem Bescheid vom 8. Dezember 1930, Beilage zum Reichsarbeitsmarktanzeiger Nummer 28, Seite 106/30, eindeutig aus. Von dem Grundsatze ausgehend, daß die Unterstützungsberechtigung nicht durch die Zahlung der Beiträge, sondern durch das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis als solches erworben wird (§ 95), führt der Präsident folgendes aus:

„Zur Klarstellung möchte ich darauf hinweisen, daß durch die zusätzliche Beschleunigung der Krankenkasse lediglich der Grundlohn festgestellt werden soll, nach dem die Anmeldung zur Krankenkasse erfolgt und der Versicherte zur Beitragszahlung veranlagt worden ist.“

Eritt durch eine Unterversicherung, also durch die Anmeldung nach einem zu niedrigen Grundlohn bei der Krankenkasse, eine Senkung der Unterstützung ein, so ist nunmehr diese niedrigere Unterstützungsklasse auch bei allen weiteren nach sonstigen Bestimmungen eintretenden Kürzungen zugrunde zu legen. Findet also beispielsweise eine Herabstufung nach § 105 a AWWG. deshalb statt, weil der Arbeitslose keine 52 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung ohne zwischenzeitlichen Unterstüßungsbezug in den letzten zwei Jahren vor der Arbeitslosmeldung nachweisen kann, so wird die bereits gefestigte Lohnklasse, im erwähnten Beispiel also an Stelle der Klasse IX bewilligte Klasse VIII noch einmal, und zwar in diesem Falle auf VII, herabgedrückt. Das gleiche gilt, wenn die Senkung nicht nach § 105 a, sondern nach § 107 a, das heißt während einer berufstätlichen Arbeitslosigkeit für die der Sonderregelung unterstellten Berufe Platz greift. Dagegen findet keine doppelte Kürzung nach § 105 a und nach § 107 a statt. Würde also einem Arbeitslosen, weil er die Voraussetzung der verlängerten Anwartschaftszeit nicht erfüllte, an Stelle der Lohnklasse VIII nur die Lohnklasse VII bewilligt und findet alsdann die Sonderregelung bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit auf ihn Anwendung, so wird er nun nicht noch einmal von Lohnklasse VII auf Lohnklasse VI herabgedrückt, sondern er erhält an Stelle der Ursprungslohnklasse VIII die Lohnklasse VII.

Anderes liegt der Fall dagegen wieder, wenn die Herabstufung nach § 107 e erfolgt ist, das heißt also deshalb, weil der Arbeitslose mehr als die Hälfte der letzten 26 Wochen seiner versicherungspflichtigen Beschäftigung in einem Ort mit höherem Lohnniveau verbracht hat als in dem, in dem er die Unterstützung bezieht. Die alsdann nach den Lohnverhältnissen des Unterstützungsortes berechnete Lohnklasse gilt als Ursprungslohnklasse, das heißt, der auf dieser Basis errechnete Unterstützungssatz bleibt einer weiteren Kürzung nach § 105 a oder § 107 a unterworfen.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß beim Übergang von der Arbeitslosenversicherung in die Krisenfürsorge ebenfalls nicht die nach § 105 a oder § 107 a gesenkten Sätze zugrunde zu legen sind, sondern daß von den Ursprungslohnklassen auszugehen ist. Als solche gelten aber auch die nach § 105 Absatz 3 und 4 und nach § 107 e errechneten Lohnklassen.

Völlig unabhängig von den Kürzungen nach § 105 Absatz 3 und 4 nach § 105 a, nach § 107 a und nach § 107 e gelten die Bestimmungen über die Anrechnung gewisser Einnahmen. Dazu gehört bei gleichzeitigem Bezug der Hauptunterstützung durch beide Ehegatten die Kürzung der niedrigeren Unterstützung um die Hälfte, soweit eine der beiden Hauptunterstützungen nach Klasse VII bis XI gezahlt wird und kein Familienzuschlag gewährt wird (§ 107 d). Dazu gehört weiter die gänzliche oder teilweise Anrechnung öffentlich-rechtlicher Pensionen, Renten usw. nach § 112 a. Dazu gehört schließlich die Anrechnung des 35 M. pro Woche übersteigenden Einkommens des Ehegatten auf die Unterstützung des andern Ehegatten, sofern nicht Familienzuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden (§ 112 b).

Auch in einigen andern Fällen sind gewisse Abzüge von der Unterstützung möglich, so im Falle vorläufiger empfangener Fürsorgeunterstützung (§ 111 a), im Falle vorläufig herbeigeführter Leberzahlung von Arbeitslosenunterstützung (§ 185) und im Falle der Verhängung von Ordnungsstrafen (§ 259).

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die zahlreichen hier erörterten Kürzungsbestimmungen keine Anwendung finden im Gebiet der Kurzarbeiterunterstützung. In der neuesten Ausführungsbestimmung des Verwaltungsrats vom 6. Februar 1931 (Beilage zum Reichsarbeitsmarktanzeiger Nummer 3, Seite 17/31) ist vielmehr ausgesprochen, daß der Tagesatz der Kurzarbeiterunterstützung nur nach den ursprünglichen Paragraphen 105, 106 und 107 zu berechnen ist, also nur nach dem tatsächlich bezogenen Arbeitsentgelt, und daß die Paragraphen 105 Absatz 3 und 4, 105 a, 107 a bis d und 112 a und b, keine Anwendung finden.

Unsere statistischen Feststellungen

vom 31. Januar 1931.

Am vorerwähnten Tage haben 897 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspoliere, Gesellen) von 93 708 nachgewiesen und außerdem 8382 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 73 895 oder 78,8 % und von den Lehrlingen 3511 oder 41,9 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 1834 oder 2 % und von den Lehrlingen 157 oder 1,9 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten			
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)			krank
		gesamt	davon arbeitslos	in Proz.	
1	2	3	4	5	6
1. Ostpreußen	56	4 171	3 755	90,0	63
2. Schlesien	75	9 721	8 827	90,8	141
3. Brandenburg	117	9 898	7 291	73,7	261
4. Pommern	69	3 947	3 084	78,1	70
5. Nordmark	109	9 419	6 003	63,7	160
6. Niedersachsen	88	6 830	4 963	72,3	131
7. Westfalen	19	2 370	2 115	89,2	39
8. Rheinland	19	3 399	2 506	73,7	59
9. Hessen	29	3 832	3 049	79,6	112
10. Mitteldeutschl.	140	12 158	9 748	80,2	270
11. Sachsen	60	17 873	14 278	79,9	264
12. Bayern	77	6 181	5 370	86,9	140
13. Südwestdeutschl.	37	3 351	2 558	76,3	109
Deutsches Reich	895	93 150	73 520	78,9	1819
14. Ausland	2	558	339	60,7	15
Insgesamt	897	93 708	73 859	78,8	1834

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 42 Zahlstellen, die 2234 Mitglieder und außerdem 108 Lehrlinge hatten und nicht berichteten: 939 Zahlstellen mit 95 942 Mitgliedern und außerdem 8490 Lehrlingen, insgesamt 104 432 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend 28. Februar.

Konjunkturstatistik.

Die Konjunktur im Baugewerbe hat einen Tiefpunkt erreicht, der nicht so leicht überboten werden kann. Das Baugewerbe liegt, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, vollständig still. Der enorme Rückgang der Konjunktur ist nicht nur saisonbedingt; es sind vielmehr konjunkturelle Einflüsse, die das vollkommene Darniederliegen des Baumarcktes veranlaßt haben. Alle Zweige der Bauwirtschaft, der Wohnungsbau, die industrielle und die öffentliche Bautätigkeit stocken vollkommen. Im Verbandsgebiet war im Dezember eine Arbeitslosigkeit von 65,6 % zu verzeichnen; sie stieg im Januar auf 78,8 %. Rund 41,9 % der organisierten Lehrlinge waren um diese Zeit arbeitslos. Die höchste Arbeitslosigkeit ist im Bereich des Landesarbeitsamtes Schlesien mit 90,8 % und die niedrigste in der Nordmark mit 63,7 % festgestellt worden.

Die Erhebungen über die Konjunktur haben ergeben, daß im Vergleich zu den Vormonaten eine weitere Verschlechterung eingetreten ist. Die Bewertungsziffer sankte sich von 3,66 auf 3,73. Diese Ziffer ist im Laufe des Jahres nie unter 3 gewesen.

In der Konjunkturstatistik waren im Monat Januar 353 Betriebe beteiligt, die 2341 Zimmerer beschäftigten. Das sind 515 Zimmerer weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß an der diesjährigen Konjunkturstatistik im Vergleich zum Vorjahr 26 Firmen mehr beteiligt sind. Die Anzahl der Betriebe, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 85. Von den 353 Betrieben, die berichteten, war nur in 2 Betrieben mit 74 Zimmerern der Beschäftigungsgrad als gut, in 17 Betrieben mit 480 Zimmerern als befriedigend und in 334 Betrieben mit 1787 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des letzten Monats sind in 50 Betrieben 107 Zimmerer eingestellt und in 132 Betrieben 685 Zimmerer entlassen.

Die Konjunkturaussichten sind mit Ausnahme von 4 Firmen in den nächsten 14 Tagen als schlecht beurteilt worden.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	2	3	2	3	2	3	
1930 Januar	3	231	25	751	273	1874	3,58
Dezember	—	—	36	945	290	1806	3,66
1931 Januar	2	74	17	480	334	1787	3,73

Aus vorstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur in starkem Absinken begriffen ist. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Wie wird die Arbeitslosenunterstützung berechnet?

Durch die zahlreichen Änderungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Berechnung der Unterstützungshöhe immer komplizierter geworden. Einmal haben sich die Grundlagen, die zur Berechnung herangezogen werden, verändert, andererseits ist die Anrechnung verschiedenartiger Bezüge auf die Arbeitslosenunterstützung vorgeschrieben worden. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich dort, wo beim Vorliegen mehrerer Kürzungsmöglichkeiten die Frage entsteht, inwieweit derartige Bestimmungen nebeneinander anzuwenden sind.

Den Ausgangspunkt für die Berechnung der Unterstützung bildet der § 104 AWWG., der die Höhe der Unterstützung vom Arbeitsentgelt und neuerdings auch von der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung abhängig macht. Der alte Grundsatz der Berechnung nach dem Arbeitsentgelt ist aber nicht nur durch die Berücksichtigung der Beschäftigungsdauer, sondern auch dadurch eingeschränkt worden, daß nicht mehr schlechthin das tatsächliche Arbeitsentgelt zugrunde gelegt werden darf, sondern daß die obere Grenze für die Berücksichtigung des Einkommens der Grundlohn bildet, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt zugrunde gelegt war. Es kommt also darauf an, nach welchem Grundlohn der Versicherte bei den Krankenkassen angemeldet wurde. Ist der Grundlohn niedriger, als es dem tatsächlichen Arbeitsentgelt entspricht, so wird nur dieser Grundlohn, ist er jedoch infolge einer Leberversicherung höher, so wird das tatsächliche Arbeitsentgelt zugrunde gelegt. Es kann vorkommen, daß durch eine Überschneidung der Grundlohnstufen der Krankenversicherung mit den Lohnklassen der Arbeitslosenversicherung der Versicherte trotz ordnungsmäßiger Anmeldung bei der Krankenkasse in eine tiefere

Das Versicherungsverhältnis des Zimmererlehrlings im Winter

Die saisonmäßige Beschäftigung des Baugewerbes führt zu mancherlei Eigentümlichkeiten, die meist unerquicklicher Natur sind. Es soll hier nur auf eine dieser Fragen eingegangen werden. Es ist dies das Verhältnis des Lehrlings zu den sozialen Versicherungseinrichtungen im Winter. Zwei Fragen tauchen hier in den Vordergrund, die dadurch bedingt sind, daß der Lehrling während des Winters von seinem Lehrmeister nicht oder doch nur verschwindend gering beschäftigt werden kann. Die eine dieser Fragen geht dahin, ob der Lehrling während der beschäftigungslosen Zeit im Winter der Krankenversicherungspflicht unterliegt oder nicht. Die zweite Frage bedeutet: „Soll der Lehrling während dieser Zeit gegebenenfalls als arbeitslos und damit als unterstützungsberechtigt im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes? Mit beiden Fragen haben sich die Gerichte gerade in letzter Zeit eingehend beschäftigt. Diese Entscheidungen und Urteile sollen in den folgenden Zeilen einmal zusammengestellt werden.

Zuerst sei einmal auf die Frage eingegangen, ob ein Lehrling, der während des Winters nicht beschäftigt werden kann, durch seinen Arbeitgeber von der Krankenkasse abgemeldet werden kann, oder ob die Versicherungspflicht auch während dieser Zeit fortbesteht. Eine führende Zeitschrift der Sozialversicherung („Arbeiter-Versorgung“) schreibt zu dieser Frage auf Seite 304/1930:

„Die Versicherungspflicht von Lehrlingen erfordert nicht, daß ein Entgelt gezahlt wird. Wohl aber setzt sie ein Beschäftigungsverhältnis voraus. Der Arbeitnehmer muß also tatsächlich beschäftigt werden oder aber die Unterbrechung der Beschäftigung muß, wenn auch während ihr Versicherungspflicht bestehen soll, verhältnismäßig kurz sein, und der Arbeitnehmer muß wenigstens jederzeit sich zur Verfügung des Arbeitgebers halten. Das trifft aber in der Regel für die Lehrlinge im Baugewerbe während der für das Bauen ungünstigen Winterzeit nicht zu. Während dieser werden sie nicht beschäftigt, erhalten auch kein Entgelt, während es ihnen doch sonst gewährt zu werden pflegt. Sie sind vollständig frei und können in dieser Freizeit anderweitig Beschäftigung annehmen, die sie vollständig in Anspruch nimmt. Wenn auch die Lehrlinge noch während des Winters zur Arbeit zurückkehren würden, falls sie hierzu vom Lehrherrn aufgefordert werden, so geschieht dies tatsächlich doch fast nie. In den Lehrverträgen pflegen denn auch die Unterbrechungen der Beschäftigung während der Wintermonate vorgesehen zu sein. Das Beschäftigungsverhältnis ist also tatsächlich aufgehoben. Daß das Lehrverhältnis weiter besteht, ist richtig; denn sobald die Jahreszeit für das Bauen wieder günstig ist, hat der Lehrling seine Tätigkeit bei seinem Lehrherrn wieder aufzunehmen; hierzu ist er auf Grund des Lehrvertrages verpflichtet. Aber Lehrverhältnis und Beschäftigungsverhältnis sind zwei zu unterscheidende Dinge.“

Diese Auskunft stützt sich auf eine Entscheidung, die das Reichsversicherungsamt unterm 6. Mai 1916 gefällt hat. Nach dieser besteht während einer Werbepause im Winter keine Beitragspflicht zur Krankenversicherung. In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Falle handelte es sich um Steinseherlehrlinge. Daß die Entscheidung jedoch auf ähnlich gelagerte Berufe Anwendung findet, steht außer Zweifel. In einem neuen Streitfall, der sich speziell mit dem Bauhandwerk beschäftigt, hat das Reichsversicherungsamt wie folgt entschieden: „Die im Baugewerbe beschäftigten Lehrlinge sind während der Arbeitsunterbrechungen im Winter nicht krankenversicherungspflichtig.“ (Entscheidung vom 16. Oktober 1930. — II a K 308/30.) Die oberste Spruchbehörde hat demnach auch in diesem neuen Fall ihren schon früher vertretenen Standpunkt nicht geändert. Auf die Begründung dieser Entscheidung soll hier nicht weiter eingegangen werden. Die Rechtsfrage ist demnach für den Versicherten im ungünstigen Sinne entschieden worden. Macht ein Arbeitgeber von dem Recht dieser Entscheidungen Gebrauch und meldet den Lehrling von der Krankenkasse ab, so bleibt diesem weiter nichts übrig, als freiwillig seine Mitgliedschaft fortzusetzen, falls er Kassenmitglied bleiben will. Die andere Möglichkeit besteht darin, daß sich der Lehrling arbeitslos meldet und Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellt. Die Berechtigung dazu liegt ja vor, denn der Lehrling ist ja „beschäftigungslos“.

Hiermit kommen wir zu der zweiten Frage: Hat der Lehrling Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, obgleich sein Lehrverhältnis — wenn auch vorübergehend ohne Beschäftigung — fortbesteht? Eine Entscheidung zu dieser Frage vom 21. März 1928 lautet: „Ein Maurerlehrling, der während der Dauer des vertraglichen Lehrverhältnisses infolge Unterbrechung der Bautätigkeit im Winter von seinem Lehrherrn tatsächlich nicht beschäftigt wird, ist nicht arbeitslos im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.“ Eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 19. Juni 1929 geht sogar in dieser Ablehnung noch weiter, indem sie festlegt: „Ein Maurerlehrling, der während der Dauer des vertraglichen Lehrverhältnisses infolge Unterbrechung der Bautätigkeit im Winter von seinem Lehrherrn tatsächlich nicht beschäftigt wird, ist auch nach Beendigung einer Zwischenbeschäftigung, die er in der stillen Zeit aufgenommen hat, nicht arbeitslos im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, wenn sein altes Lehrverhältnis nicht aufgelöst worden ist.“ Es braucht wohl auf den Inhalt dieser Entscheidung bei dem klaren Wortlaut derselben nicht näher eingegangen zu werden.

Stellt man nun die Entscheidungen zu beiden Fragen gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild: Der Lehrling ist im Winter beschäftigungslos und daher nicht krankenversicherungspflichtig. Auf der anderen Seite ist er jedoch nicht arbeitslos! Ja, was ist denn der betreffende Lehrling da überhaupt? Eine von beiden Möglichkeiten muß ja für ihn zutreffen. Die Entscheidungen widersprechen sich also, man weiß nicht, was eigentlich los ist. Der Lehrling schwebt in

sozialpolitischer Hinsicht während des Winters vollkommen in der Luft. Die Sache wird aber noch viel verwickelter, und zwar durch folgende Tatsache: Da nach den ergangenen Entscheidungen der Lehrling nicht arbeitslos ist, ist er für die Zeit beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung. Diesen Standpunkt hat erst jetzt (22. Januar 1931) der Präsident eines Landesarbeitsamtes in einem Rundschreiben an die Arbeitsämter vertreten. Es besteht demnach während der beschäftigungsfreien Zeit zwar Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung, jedoch keine Krankenversicherungspflicht. Nach andern Bestimmungen werden jedoch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen erhoben. Es gibt aber hier keine Krankenkassenbeiträge. Wie und von wem werden nun die Arbeitslosenbeiträge eingezogen?

Es wird wirklich Zeit, daß mit diesem Wirrwarr endlich Schluß gemacht wird. Es wissen weder die Arbeitsämter und Krankenkassen woran sie sind, geschweige denn die Versicherten und die Arbeitgeber. Kl.—s.

Die Arbeitslosigkeit frisst an der Gesundheit des Körpers

Die große Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches und finanzpolitisches Problem, sondern auch eine dringende Frage der Volksgesundheit. Sie wird aber in der Öffentlichkeit immer nur unter dem Gesichtswinkel der ersten beiden Punkte betrachtet. Es ist das Verdienst des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Moses, die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit klar herausgestellt zu haben. Er hat sich an bedeutende Ärzte mit dem Ersuchen gewandt, ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Meinungen über die volksgesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit niederzulegen. Die Materialsammlung ist den Regierungen, Parlamenten usw. zugänglich gemacht worden. Nach Dr. Moses verfolgt die Denkschrift den Zweck, die gesetzgebenden Körperschaften darauf aufmerksam zu machen, daß jede Entscheidung über die Arbeitslosenfürsorge auch eine Entscheidung über die Gesundheit des Volkes ist. Aus der Denkschrift vorläufig einige kleine Beispiele:

Verschiedene Ärzte merken, daß die Mißstände bei den Kindern, die auf die Arbeitslosigkeit der Eltern zurückzuführen sind, zu schlimmen Befürchtungen Anlaß geben. Diese Mißstände erinnern an die ärgste Not der Kriegsjahre. Die Ernährung der Kinder ist derart, daß das Auftreten von Eorbut und andern Folgeerscheinungen zu befürchten ist. Ein Arzt aus Köln schreibt folgendes: „Die Arbeitslosigkeit frisst an der Gesundheit des Körpers und der Seele der Erwachsenen wie der Kinder. Wenn sie noch lange anhalten wird, bekommen wir eine ungeheure breite Schicht von derartig krankhaft aufgewachsenen Menschen, leiblich und sittlich aufs schwerste bedroht.“ Bei Säuglingen arbeitsloser Eltern wird als Folge mangelhafter Ernährung eine Verlangsamung der Gewichtszunahme festgestellt. Die chronische Unterernährung bahnt der Tuberkulose den Weg. Ganz besonders unheilvoll wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal der Neugeborenen. Bezüglich des Nervenzustandes der Arbeitslosen wird folgendes festgestellt: Arbeitslosigkeit führt bei psychopathisch veranlagten, willensschwachen Menschen nicht selten zu unzweckmäßigem Trinken. Die hoffnungslose Stimmung der Arbeitslosen hat eine Steigerung neurotischer und niederdrückender Wesenszüge zur Folge. Die noch in Arbeit Befindlichen wagen es nicht, sich krank zu melden, weil sie den Verlust der Stellung befürchten. Eine deutliche Zunahme gewisser Infektionskrankheiten wird festgestellt. In den deutschen Großstädten hat sich im dritten Vierteljahr 1930 die Sterblichkeit an Diphtherie gegen 1927 mehr als verdreifacht. Die Geschlechtskrankheiten verbreiten sich, weil viele unbefähigte junge Mädchen zur notlindernden Hingabe ihres Körpers neigen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich mithin zu einer schweren Gefahr für die Volksgesundheit aus. Die Denkschrift spricht eine deutliche Sprache. Sie ist geeignet aufzutrütteln zu wirken. Wenn dem gegenwärtigen Zustand nicht bald ein Ende bereitet wird, so ist das Schlimmste zu befürchten. Die körperliche, finanzielle und seelische Not erfordert schleunigst lindernde Taten.

Die Baugewaltigen werben um die Jugend

Wir haben vor einiger Zeit schon einmal über die Agitation der baugewerblichen Unternehmerverbände berichtet, die in diesen Kreisen für die Jung-Handwerkerbewegung entfaltet wird. Damals waren es die im Bund Deutscher Zimmermeister organisierten Unternehmer, die sich über die Ziele des Jung-Handwerkerbundes auf einer Tagung unterrichten ließen. Nun soll Schwung in die Sache kommen. Der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Emil Behrens, Hannover, propagiert mit Eifer diese gelbe Jung-Krauterbewegung. In einer am 20. Januar in Hannover abgehaltenen Innungsversammlung referierte ein Vertreter dieser gelben Jugendorganisation über die Ziele dieser Bewegung. Die Krauter waren begeistert. Auch Emil Behrens gab seiner Freude an der gelben Jugendorganisation Ausdruck. In nachfolgendem Rundschreiben an die Innungsmitglieder legte er seinen Standpunkt in dieser Frage dar:

Zu dem zweiten Punkte der Tagesordnung hielt Herr Pape als Vertreter des Jung-Handwerkerbundes einen Vortrag über die Ziele dieser Bewegung. Der mit großer Begeisterung für die Sache und mit großem Beifall aufgenommene Vortrag gipfelte in dem Gedanken, die jungen, bürgerlich gesinnten Handwerker in einer besonderen Organisation zusammenzufassen. Man ist der Meinung, daß ein großer Teil der in den Gewerkschaften organisierten Handwerker die Bevormundung durch die Partei und die rein sozialistische Entwicklung oder Beeinflussung der Gewerkschaft für eines der stärksten Hemmnisse erkannt haben für den Wiederaufstieg der Wirtschaft und daß eine Sammlung der Handwerker zur wirtschafts-

lichen Entwicklung, so wie sie vorbildlich in England und zum Teil in Frankreich und den andern westlichen Ländern bestehe, notwendig sei und erstrebt werden müsse. Wenn wir auch nicht daran denken können, die hier erörterten Grundsätze auf unsere Werkplätzen irgendwie zu propagieren, so sind wir dem Vortragenden doch dankbar für die Anregungen, und wenn der Charakter der Zwangsinnung unserer Art naturgemäß auch Mitglieder umfaßt, die aus Ueberzeugung oder aus alter Gewohnheit im andern Lager stehen, so dürfen wir doch die Hoffnung aussprechen, daß die hier entwickelten Ideen in den Familien erörtert und nach Möglichkeit weiterverbreitet werden.

Die Innungsdirektion des Baugewerbenamts.
E. Behrens.

Soweit das Rundschreiben. Wie aus Vorstehendem zu ersehen ist, versuchen die Unternehmer im Baugewerbe neuerdings die Jugend, Meistersöhne und auch die treuen Gefellen, aus den Klauen des Sozialismus und der freien Gewerkschaft zu befreien. Sie machen Propaganda für den Jung-Handwerkerbund (scheinbar ein Ableger von der NSDAP.). Man hat sich von einem noch sehr jungen Herrn mit einer Stentorstimme ein schönes Referat ablesen lassen. Nach ihrer Mitteilung wurde dieser abgelesene Vortrag mit großer Begeisterung und großem Beifall aufgenommen. Man will einmal die Lehrlinge, Meistersöhne und auch die treuen Gefellen organisieren, um die Macht der Gewerkschaften zu unterbinden. Das wird nicht ganz einfach sein! Wiederaufbau der Wirtschaft (heißt wohl, Löhne zu senken und williges Arbeitsvolk zu schaffen) sei durch die Gewerkschaft unmöglich. Nun geben die Arbeitgeber selber zu, daß eine öffentliche Propaganda auf den Werkplätzen nicht möglich ist. Letzteres glauben wir auch, das können sich unsere Arbeitgeber gesagt sein lassen. Auch wir werden unsere Jungkameraden, die auch einmal Gefellen werden, genügend über die Bestrebungen der gelben Unternehmerorganisation aufklären, und wir werden auch Erfolg damit haben. Die Zimmerer lassen sich so leicht nichts gefallen, das ist den Unternehmern bekannt. Zum andern Teile gehen ja auch die Arbeitgeber zu, daß es auch noch Andersgesinnte in ihren Reihen gibt. Wir wissen, daß nicht alle Unternehmer diesen Unsinn mitmachen werden. Die Stärke der Gewerkschaften ist im Unternehmerlager bekannt. Gerade darum wollen sie ihre gelbe Organisation gründen, um den Einfluß der Gewerkschaften illusorisch zu machen. Besonders auf die Jugend haben es die Unternehmer abgesehen. Warum, ist uns bekannt. Die ganze Richtung der freigewerkschaftlichen Jugendbewegung paßt ihnen nicht. Die Unternehmer wollen wieder „Herr im Hause“ sein und diktieren. Es wird ein frommer Wunsch bleiben, was die Unternehmer in ihrem Rundschreiben mitgeteilt haben.

Die Unternehmer wollen neue Wege gehen in der Bekämpfung der Gewerkschaften. Unsere Kameraden werden jedoch auf dem Posten sein und den Agitatoren der gelben Jung-Handwerkerbewegung die richtige Antwort geben.

Die Lohnverluste der deutschen Arbeiterschaft

Für einen Menschen, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, ist der Lohn oder das Gehalt die Grundlage seiner Existenz und der Maßstab zur Teilnahme an kulturellen Genüssen. Wenn nun die Löhne und Gehälter abgebaut werden, so können die Lohn- und Gehaltsempfänger an den Kulturbedürfnissen des Lebens in geringererem Maße teilnehmen, ja teilweise sich kaum noch vollkommen ernähren. Die Summe der Löhne und Gehälter wird immer geringer. Nach dem Konjunkturinstitut hat sich das Arbeitseinkommen „allein durch die ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit im ganzen im Jahre 1930 gegenüber 1929 um schätzungsweise 2,7 Milliarden Mark vermindert. Im letzten Vierteljahr allein bedeutet der Verlust an Einkommensbeziehern gegenüber 1929 einen Ausfall an Einkommen von 0,8 bis 0,9 Milliarden Mark. Zu diesen Beträgen gesellen sich die Verdienstminderungen infolge der zunehmenden Kurzarbeit, die — im Vergleich zu 1929 — für das ganze Jahr 1930 mit einem Betrag in der Größenordnung von vielleicht 0,8 Milliarden Mark, für das letzte Vierteljahr von etwa 0,3 bis 0,4 Milliarden Mark anzusehen ist. Ferner hat die Senkung der Tariflöhne, vor allem aber der Abbau der Ueberstundenarbeit, der übertariflichen Bezahlung usw., das Einkommen der Arbeitnehmer vermindert. Der Betrag, um den dies geschah, ist gegenwärtig noch nicht annäherungsweise abzuschätzen. Es kommen die Rückgänge im Einkommen der Unternehmer und große Teile der übrigen Bevölkerungsschichten hinzu. Ganz abgesehen sei zunächst von den Einbußen, die die Arbeitnehmer durch Erhöhung der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung, die Beamten durch die Reichshilfe und alle Einkommensbezieher durch die Steuererhöhung in dem ihnen verfügbaren Einkommen erlitten haben. Denn diese Einbußen sind zwar für die Volkswirtschaft im ganzen kein Verlust, da sie auf dem Weg über die Unterstützungsgeber der Arbeitslosen usw. dem Markt wieder zugeführt werden. Sie stellen aber Verschleibungen innerhalb der Märkte dar, die sich nicht ohne Reibung abspielen können.“

Wenn im Jahre 1930 ein Lohnverlust von 3,5 Milliarden Mark durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu verzeichnen war, so wird sich in diesem Jahre ein noch weit höherer Betrag ergeben. Weiter muß beachtet werden, daß die Lohnsenkungen im Jahre 1930 erst teilweise zu verzeichnen waren. In dem jetzt laufenden Jahr wird der Verlust an Lohnabzügen und Minderdiensten ganz gewaltig ins Gewicht fallen. Erst später wird sich er rechnen lassen, in welcher Form die Wirtschaftskrise für die Arbeiter und Angestellten von Schaden war. In diesen Lohnverlusten waren die baugewerblichen Arbeiter im stärksten Maße beteiligt. Allein im Jahre 1930 mußten von den Bauarbeitern der Lohnausfall von rund 280 Millionen Feierschichten getragen werden. Diese Zustände sind unerträglich, sie müssen durch eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit gemildert und beseitigt werden.

Verbandsnachrichten

Berichte aus den Zahlstellen

Baunzen. (Jahresbericht.) Die erste Zahlstellenversammlung 1931 fand am 18. Januar im Gewerkschaftshaus statt. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter des Bezirks. Außerdem begrüßte er den Kameraden Klinko vom Gauvorstand. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde das Protokoll der letzten Versammlung gelesen und genehmigt. Einige Anträge fanden ihre Erledigung beziehungsweise wurden zurückgestellt. Kamerad Klinko referierte über das Thema: Wirtschaftskrise und Gewerkschaftsarbeit. Er schilderte vor allem die Lage des Baumarktes und bemängelte, daß man die Mietzinssteuer nicht restlos zum Wohnungsbau verwenden. Man nahm ferner Kenntnis von der eventuellen Neugestaltung des Reichstarifvertrages. Der Redner betonte, daß sich die Kameraden nicht durch andere Elemente betören lassen sollten, sondern zuverlässig sich der Zukunft mit anvertrauen. Wir werden auch den neuen Lohnverhandlungen zuverlässig entgegensehen. Die Versammlung dankte dem Referenten für seinen Vortrag. Die untertarifliche Bezahlung bei den Arbeitern der Heberlandzentrale (Siemens-Schuckert-Werke) wurde von dem Kameraden Klinko aufgeklärt. Kamerad Löhnert erstattete hierauf den Geschäftsbericht für 1930. Seine Ausführungen ließen erkennen, daß unermüdete Arbeit geleistet worden ist. Die finanzielle Lage der Zahlstelle ist den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend als gut zu bezeichnen. Kamerad Löhnert fungierte als Vertreter an 9 Sitzungen des Arbeitsgerichts, an 3 beim Tarifamt, auch in den andern Körperschaften mußten eine Reihe Termine wahrgenommen werden. An Versammlungen haben insgesamt 11 stattgefunden. Der Kassenbericht lag jedem Teilnehmer gebredt vor. Die Revisoren erklärten die einwandfreie Tätigkeit des Geschäftsführers, und konnte dem Gesamtvorstand auf Antrag einstimmige Entlastung erteilt werden. Die Wahlen ergaben einige Abänderungen. Unter Verschiedenes wurden noch einige Anfragen gestellt, die vom Vorsitzenden beantwortet werden konnten. Hierauf Schluß der Versammlung.

Berchtesgaden. (Jahresbericht.) Die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet fand am 11. Januar statt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die Bautätigkeit als außerordentlich schlecht zu bezeichnen war. Dadurch, daß in Zahlstellengebieten noch eine Reihe unorganisierter Zimmerer vorhanden sind, die sich jederzeit für untertariflichen Lohn anbieten, war es auch für die Kameraden schwer, zu dem tariflich festgelegten Lohn in Arbeit zu kommen. Der Vorsitzende berichtete auch über die im verfloßenen Jahr von Kamerad Wild durchgeführte Agitation, die leider nicht den erhofften Erfolg gebracht hat. Den in kleinbäuerlichen Verhältnissen lebenden Zimmerern fehlt leider oft das Verständnis dafür, sich dem Verbande anzuschließen und mit den organisierten Kameraden für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Zum Schluß seines Berichts forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, im kommenden Jahr für einen besseren Versammlungsbesuch zu sorgen, denn nur dadurch kann bildend auf die Kameraden eingewirkt werden. Gegen die Kassenführung bestanden keine Einwendungen, und es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Kameraden. Anschließend hielt Gauleiter, Kamerad Schönamsgruber, über Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung einen aufschlußreichen Vortrag. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten und mit einem Appell des Vorsitzenden, intensiv für den Verband zu werben und zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Bernburg. Die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet wurde am 14. Januar abgehalten. In dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurde besonders hervorgehoben, daß die Wirtschaftslage als sehr ungünstig zu bezeichnen war. Auch der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig, was schon daraus hervorgeht, daß von 11 angebotenen Versammlungen 6 überhaupt nicht stattfinden konnten, da nur ein geringer Teil der Kameraden anwesend war. Der engere Vorstand hatte 3 Sitzungen sowie 7 Ortsausschüssungsverfammlungen. Im Berichtsjahr wurden 5 Lehrlingsversammlungen abgehalten. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug 80%. Für einige Erleichterungen vor dem Arbeitsgericht wurde Rechtschutz gewährt. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Kassenführung in guten Händen liegt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus dem Bericht des Kameraden Ostwald über die Ortsausschüssungsverfammlungen war zu entnehmen, daß auch hier die NWD. versuchen will, selbständig einen Laden aufzumachen. Der Berichterstatter appellierte ganz eingehend an die Kameraden, diese Gewerkschaftspalter völlig zu ignorieren und ihnen bei jeder Gelegenheit die richtige Antwort zu erteilen. Anschließend hielt Gauleiter, Kamerad Schmidt, einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Ablauf der Tarifverträge. Der Redner gab ein umfassendes Bild über die gegenwärtigen Verhältnisse und betonte, daß wir alles daranzusetzen haben, den Angriff der Unternehmer erfolgreich abzuwehren. Aus diesem Grunde ist aber notwendig, daß ein viel größeres Interesse der Kameraden für die Verbandsarbeit an den Tag gelegt wird, wie das bisher der Fall war. Denn nur die Stellungnahme in den Versammlungen zu den aktuellen Tagesfragen gewährleistet einen gewerkschaftlichen Erfolg. In der Diskussion wurden einige Anfragen gestellt, die der Referent in seinem Schlußwort ausführlich klären konnte. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bitterfeld. (Jahresbericht.) Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Der Vorsitzende entwickelte in seinem Jahresbericht ein umfassendes Bild über die Tätigkeit im Jahre 1930. Er

schilderte auch eingehend die Verhandlungen über die Lohnbewegung im Frühjahr und betonte, daß die Bestimmungen des Reichstarifvertrages überall durchgeführt und die tariflichen Lohnsätze gezahlt wurden. Nur einem Lehrling wurde die tariflich festgesetzte Lehrlingsentschädigung nicht bezahlt, was aber hauptsächlich an der Einstellung der Eltern des Lehrlings lag. Die Arbeitslosigkeit im Zahlstellengebiet war besonders groß. Am Jahreschluß betrug die Erwerbslosigkeit 77,5% bei unsern Kameraden. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die Jugendbewegung hin und betonte, daß es im kommenden Jahr unter allen Umständen möglich sein muß, das ausgefallene Bezirksjugendtreffen abzuhalten. Prozesse vor dem Arbeitsgericht fanden nicht statt außer einigen Fällen aus der Invalidenversicherung, die vor der Landesversicherungsanstalt durch die Zahlstelle geregelt wurden. Zum Schluß dankte der Vorsitzende noch dem Kameraden Riese für die dem Verbands gehaltenen Treue. Der Mitgliederbestand betrug 249 Kameraden einschließlich 9 Lehrlingen. Nach Erstattung des Kassenberichts bestätigten die Revisoren, daß Kasse und Bücher sich in bester Ordnung befanden. Die beantragte Entlastung wurde dem Kassierer einstimmig erteilt. Die Wahl des Vorstandes vollzog sich sehr schnell, da die bisherigen Funktionäre wiedergewählt wurden. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden noch besonders auf die Volkshochschulkurse hingewiesen und die Kameraden aufgefordert, sich zahlreich daran zu beteiligen. Zum Schluß wünschte der Vorsitzende auch für das kommende Jahr ein gedeihliches Zusammenarbeiten und eine Einmütigkeit innerhalb der Organisation und schloß hierauf die gut besuchte Versammlung. — In einer vorhergehenden Versammlung berichtete Kamerad Wunderlich über den stattgefundenen Funktionärsschulungskursus in Bad Landeck in Schlesien, an dem er als Funktionär teilgenommen hat. Kamerad Wunderlich schilderte eingehend den Verlauf des Kurses, wobei die Kameraden des Zentralvorstandes eine Reihe von Vorträgen hielten. Ueber alle Gebiete der Gewerkschaftsarbeit wurde eingehend gesprochen, und der Redner konnte nur günstiges über diese vom Zentralvorstand veranstalteten Funktionärsschulungskurse berichten. Der Redner versprach, in der kommenden Zeit über die einzelnen Themen ausführlich in den Versammlungen zu referieren. Die Versammlung dankte dem Kameraden für seine Ausführungen, und es wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, daß die Funktionärsschulungskurse besonders zur Festigung und Vertiefung unseres Gewerkschaftsgedankens beitragen und zu gesunden Verhältnissen innerhalb des Verbandes führen mögen.

Bremen. Am 22. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Zum ersten Punkt referierte der Vorsitzende, Kamerad Caspar. Er führte unter anderem aus, wie unser Zentralvorstand seit Jahren zum Abschluß von Tarifen steht. So folgten den tariflosen Zeiten, Perioden mit Tarifabschlüssen. Den Jahren 1924—1927, in denen wir keinen Reichstarifvertrag hatten, folgte im Frühjahr 1927 ein Tarifabschluß. Wohl hatten wir in den Jahren 1924—1927 bezirkliche Abkommen mit den Unternehmern, die aber erst nach umfangreichen Kämpfen erreicht wurden. Weiter schilderte der Referent die Entwicklung bis zum Ablauf des jetzigen Tarifvertrages. Dieser laufe mit dem 31. März ab. Es entsteht die erste Frage, soll wiederum ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, diese Frage hat der Zahlstellenvorstand bejaht, das heißt, wenn der zukünftige Tarif mindestens uns das bringt, was wir hatten und unsere alten Forderungen zugestanden werden. Als wichtigste Forderung ist angeht die große Arbeitslosigkeit, infolge der Technisierung und Rationalisierung, die Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 40 Stunden zu fordern. Nach den Mitteilungen aus den Kreisen der Scharfmacher im Baugewerbe, wollen sie es auf eine Entscheidungsschlacht im laufenden Jahre ankommen lassen, was für uns bedeutet, uns auf die Kampfpavole einzustellen und von unsern Mitgliedern größte Aktivität und die Stärkung unserer Reihen zu fordern, dann werden wir auch diesen Anschlag parieren. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Referats; alle Redner waren sich darüber einig, daß die dringendste Forderung die Verkürzung der Arbeitszeit sei, mit der Maßgabe, daß das Lebensniveau der Bauarbeiter dadurch nicht gesenkt werde. Auch wurden entsprechend den Erfahrungen mit dem bisherigen Tarifvertrag, andere Vorschläge entgegengenommen. Im Schlußwort ging der Vorsitzende auf die gemachten Neußerungen ein. Er stellte fest, daß über die Arbeitszeitverkürzung Einmütigkeit bestehe, nur über die Erreichung dieses Zieles gehen die Meinungen auseinander. Verbleiben wir daher bei der Geschlossenheit und Einigkeit der Zahlstelle und des Gesamtverbandes, und folgen wir nicht den Sirenen gesängen jener Zerpfitterungsversucher, dann werden wir den Geleiten unserer Gegner trotzen können. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der bisherige Vorstand, mit Ergänzungen für Ausgeschiedene, wiederum vorgeschlagen. Anträge zur Zahlstellenversammlung lagen nicht vor. Im Punkt 3 der Tagesordnung wurde die Wahl der Delegierten zur Zahlstellenversammlung vorgenommen. Hierauf folgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Coburg. (Jahresbericht.) Die am 17. Januar stattgefundene Generalversammlung konnte sich eines sehr guten Besuches erfreuen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde das Lohnangebot der Unternehmer von Coburg-Stadt und -Land behandelt. Der Vorsitzende führte hierzu aus, daß am 1. Januar jedem Bauarbeiter ein gedrucktes Schreiben zugesandt wurde, in dem die Bauhütte Coburg und die Bauhandwerkerinnung Coburg-Land einen Lohnabbau von 29% forderten. Nach den Berechnungen der Bauunternehmer ist für Coburg ein Spitzenlohn von 82,3 hoch genug bemessen. Wird doch in diesem Schreiben behauptet, daß der Gesellenlohn um 257% und der der Lehrlinge um 500% gegenüber 1914 gestiegen sei. In den Großstädten sei nur eine Lohnsteigerung von 160% zu verzeichnen. Am nun im kommenden Frühjahr mit einer starken Baukonjunktur beginnen zu können, soll jeder den mitgesandten Revers unterschreiben und zurücksenden. Den anwesenden Kameraden wurden aus Herz gelegt, daß kein einziger Zimmerer sich dazu hergeben darf, dies Angebot

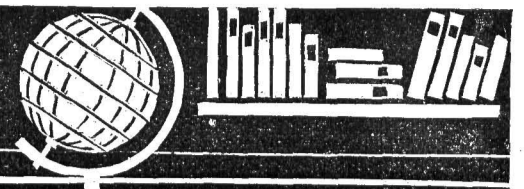
zu unterschreiben. Was die Herren mitsamt ihren Syndizt im Schilde führen, ist aus den vergangenen Lohnverhandlungen noch in bester Erinnerung. Hatten doch gerade die Unternehmer von Coburg im vergangenen Jahre so lange Einspruch gegen eine Allgemeinverbindliche Erklärung eingelegt, bis die Baueite zu Ende war, und erst am 1. September der bayerische Lohn- und Arbeitstarif für allgemeinverbindlich erklärt wurde. Die Bestrebungen der Coburger Unternehmer gehen dahin, aus den Verhandlungen für Bayern auszuschneiden und örtlich zu verhandeln. Nach der Aussprache über diesen Punkt, ermahnte der 1. Vorsitzende die anwesenden Kameraden, mit dafür zu sorgen, daß die Bäume der Coburger Unternehmer mitsamt ihren Syndizt nicht in den Himmel wachsen werden. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß im vergangenen Jahre vieles für den inneren Ausbau der Zahlstelle geleistet wurde. Versammlung fanden insgesamt 11 statt, weiter 4 Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung mit dem Baugewerksbund. Auf Grund der geführten Anwesenheitsliste war zu ersehen, daß der Versammlungsbesuch im vergangenen Jahre 30% der Mitglieder betragen hat. Bezirksversammlungen haben 4 stattgefunden. Aus dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß trotz schlechter Wirtschaftsverhältnisse unser Lokalfassenbestand sich vermehren konnte. Auch der Jugendleiter erstattete einen ausführlichen Ueberblick über die geleistete Jugendarbeit im Berichtsjahre. Da in diesem Jahre das Fest des 25jährigen Bestehens unserer Zahlstelle gefeiert werden sollte, beschloß die Generalversammlung, dasselbe festlich zu begehen. Mit einem Appell an die Anwesenden, allen Anstürmen der Unternehmer sowie der Nazis, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu trotzen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Emden. (Jahresbericht.) Die diesjährige Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Der Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht. Er hob hervor, daß das Jahr 1930 für die Zahlstelle wirtschaftlich sehr schlecht gewesen sei. Durch größere Aufträge der hiesigen Werft sei eine große Anzahl unserer Kameraden dabeifertig beschäftigt gewesen. Dagegen im eigentlichen Baubetrieb war die Beschäftigungsmöglichkeit sehr gering. Zur Erledigung der Geschäfte waren 7 Mitglieder versammlungen und 4 Vorstandssitzungen nötig. In 2 Vorstandssitzungen war der Gauleiter anwesend. Des weiteren in einer kombinierten Sitzung mit dem Vorstand der hiesigen Baugewerkschaft zwecks Besprechung der vom Baugewerksbund verhängten Platzsperrn über den Baugenossenschaftsverein, der ein Arbeiten der Maurer auf seinen Bauten von einem Eintritt in seinem Verein abhängig machen wollte. La man unsern Kameraden, die da beschäftigt waren, ein solches Ansinnen nicht stellte, lag für uns kein Grund vor, die Sperre ebenfalls zu verhängen. In 2 Versammlungen waren Referenten von der Zentrale erschienen, die in Lichtbildvorträgen über die Entwicklung und den Aufbau unseres Verbandes sprachen. Im letzten Vortrag des Kameraden Eder wurde des weiteren ein Kulturfilm gezeigt. Für diese Vorführung zeigten die anwesenden Kameraden lebhaftes Interesse. Im allgemeinen ließ der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig. Durch die Verbindlichkeitsklärung des Lohnabkommens vom 1. März 1930 wurde der Tariflohn überall gezahlt. In einem Falle mußte das Arbeitsgericht angerufen werden zwecks Wiedereinstellung eines Kameraden beim Friskus. Die Beschwerde wurde abgewiesen, weil der Betriebsrat die Lage zu spät einreichte. Die für die Jungkameraden ins Leben gerufenen Modellierabende mußten des schwachen Besuches wegen leider wieder abgefragt werden. An der Konferenz der Jugendleiter in Bad Zwischenahn war die Zahlstelle durch einen Delegierten vertreten. Die Mitgliederzahl konnte im Zahlstellengebiet auf 140 Kameraden erhöht werden. Im Oktober konnte die Zahlstelle auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken. Bei der Neuwahl des Vorstandes trat eine wesentliche Veränderung nicht ein. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, daß die Kameraden in dieser schweren Zeit mehr als je zusammenstehen müßten und wies hierbei auf die baldige Kündigung des Tarifvertrages hin. Nur Geschlossenheit kann uns erfolgreich über diese Zeit hinweg helfen.

Flensburg. (Jahresbericht.) Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über das Geschäftsjahr 1930. Die Tätigkeit des Vorstandes erstreckte sich auf 11 Vorstandssitzungen und 12 Versammlungen. Der Versammlungsbesuch war im Jahresdurchschnitt befriedigend. Besonders eingehend behandelte der Vorsitzende die Bautätigkeit und betonte, daß zu Beginn und am Schluß des Jahres die Arbeit völlig darniederlag. Nur in den Sommermonaten war es möglich, einen Teil der Kameraden in das Arbeitsverhältnis zu bringen. Sehr umfangreich waren ebenfalls die Arbeiten der Bauarbeiterschusskommission, die an mehreren Stellen durchgreifende Abhilfe von Mängeln erreichte. Ueber die Jugendbewegung berichtete der Vorsitzende sehr günstig. Es fand in jeder Woche eine Zusammenkunft unserer Jungkameraden statt. Eine Reihe von Modellierkursen, Eingabenden und Wanderungen wurden im Laufe des Berichtsjahres von der Jugendabteilung übernommen. Der Tariflohn ist im Zahlstellengebiet überall restlos bezahlt worden. Streitfragen über die Durchführung des Tarifvertrages sind nirgends entstanden. Durch die schlechte Wirtschaftslage bedingt, war natürlich auch die Werbetätigkeit auf dem Lande sehr eingeschränkt. Die Kassenverhältnisse können als gut bezeichnet werden. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderung, da der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Im nächsten Punkt der Tagesordnung wurde eingehend über die Wirtschaftslage im Baugewerbe gesprochen und vor allen Dingen von den Kameraden eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich gefordert, denn dadurch ist es möglich, die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum zu beschränken. Eine Entschließung im Sinne der Aussprache wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

(Fortsetzung der Berichte auf Seite 62.)

UNTERHALTUNG WISSEN



Ernst und Spas

Suh! Wie der Wind pfeift. Ich nehme mein Rad unterm Schuppen vor. Prüfe die beiden Fahrradmäntel, ob sie noch einmal den zu fahrenden Weg aushalten werden. Das vorchriftsmäßige Regenauge fehlt, was von meiner Seite eine grobe Vernachlässigung ist. So schwinde ich mich auf mein Rad und fahre in die heutige Bezirksversammlung, die drei Dörfer weit von hier stattfindet. Der Zahlstellenvorstand hält persönlich das Referat über „Die Aussichten im neuen Jahre“.

Der Wind ist doch ein lieber Gefelle, dort hat er einen Zaun eingerissen, dort einen Baum entwurzelt, dort ein Tor zur Erde geworfen, das gibt Arbeit für Zimmerleute. Ach was, flüstert da eine Stimme, der Zaun wird mit Draht wieder eingehängt — und das Tor — na, es wird sich schon was finden, daß es nichts kostet. Hat doch die Welt, nein, ein jeder glaubt, kein Geld in der Tasche zu haben. Also müssen wir weiter stampeln. Wupp, da prallt er gegen meine Brust, doch mein Rad gibt elegant nach und Freund Sturm hat das Nachsehen. Doch ich nehme an, der ganzen Häuserfront würden jetzt die Dächer abgehoben — sie würden fortfliegen und vernichtet sein. Donnerlittchen! Junge, Junge, das wäre ein Schlag Zimmerarbeit. Wie könnte der Beamte vom Arbeitsamt Zimmerleute vermitteln. Sind Zimmerleute noch hier — wie? — was? — wie? Kein Mensch antwortet mit Hier!

Und dann ist die phantastische Radfahrt zu Ende, man begrüßt die anwesenden Kameraden.

Die Worte des Referenten sind getragen von Sachkenntnis und nackter Wahrheit. Wie ein drohendes Gespenst liegt die Zukunft vor uns. Die Jahreswende hat für uns Arbeiterklasse nichts gebracht — im Gegenteil: Der Wohnungsbau wird in diesem Jahre noch mehr gedrosselt als im vergangenen. Die Arbeitslosenziffern steigen rapid. Kürzung der Löhne ist das Motto der Unternehmer geworden. Abbau, Abbau! dröhnt es nur so auf dem Wirtschaftsmarkt. Bei den Preisen verstimmen die Schreier und hüllen sich in Schweigen. Doch bei diesen Angriffen der Unternehmer wird die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse nicht beiseitegedrängt, sondern den schärfsten Kampf ansetzen. Nur eine straffe, einige Arbeiterklasse ist diesem gigantischen Ringen gewachsen.

So der kurze Inhalt des Referats.

In dem Ton der Aussprache liegt Bitternis und Quälendes. Die fürchtbaren Tatsachen, die der Spiegel einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung uns vor Augen hält, verweist auch den blassesten Silberstreifen auf Besserung. Keine Hoffnung — da heißt es eben weiter wursteln — in Wirklichkeit, weiter hungern.

Die Aussprache ist erschöpft. Das Gespräch geht ins Breite. Die noch wenig Arbeitenden sprechen von ihren Baustellen. Der eine macht sogar den kühnen Auspruch: Bei uns müssen in nächster Zeit Leute eingestellt werden. Wo — wann — und man merkt sich dieses fast Unmöglichkeit. Zutiefst schwenkt das Gespräch ins Humoristische über.

Da ist Justav. Zweiundsechzig Lenze hat er auf seinem Buckel. Er ist in jeder Versammlung anwesend. Nebenbei ein Vorbild für viele von unsern Kameraden. Wenn er spricht, wurzelt in seiner Aussprache noch ein Stück Junst. Hat er beim Referat eine Sache nicht ganz verstanden, meldet er sich prompt zum Wort: Er sei noch nicht über die und jene Sache informiert.

Wenn es nach Justav ginge, hätten bedeutend mehr Zimmerleute Arbeit. Schon beim Klingeln hat er es nicht eilig. Sein Herausstreiten aus der Baubude ist das eines Umsichtigen. Etwas zögernd, die Hände ineinanderreibend, die Augen spähend. Justav späht nach Rücksicht. Das brauchen ja nicht immer Kachelstreifen zu sein, nein, Justav braucht alles. Alles was der Größe seines Rucksackes entspricht, geht mit.

Einmal sah ich ihn in der Essenspause im hohen Graje herumstampfen. „Nun Justav, was machst du denn dort?“ Er richtet sich ein wenig hoch, aus seinem geöffneten Rucksack hängt Grünes. „Du, du dummes Luder, das siehst du doch, Futter für meine Häschen.“

Wir sind beim Nästen. Justav als ältester Kamerad soll Knacken schneiden. Ja, die Gerüstetage hatten wir drauf, die Knacken unter den Annaglern; Justav war immer noch nicht da. Endlich kommt er. Sein Blick war nicht etwa erstaunt über die geleistete Arbeit, nein, Justav war das gewohnt, die Knacken hielten auch zu Hause seinen Ofen. Justav besaß ein weitgehendes Wohnheitsrecht.

Justav ist in jeder Beziehung ein Original für sich. Darum lassen wir ihn gern reden. Zumal heute, wo der Referent eine Runde geschmissen hat, seine Selbsteigentümlichkeit im Sprechen noch flotter scheint.

Mittlerweile hat selbstverständlich der Vorsitzende die Versammlung geschlossen, aber es bleiben alle noch ein wenig da; Justav wühlt in seinen Erlebnissen.

Justav bewachte in der nahen Großstadt an einem Warenhausumbau, gelegen in einer der verkehrsreichsten Straßen. Also doppelte Vorsicht war geboten. Der Aufzug war hergestellt. Justav bediente die Schwungseine. Ein neuer Schwung Bretter soll nach oben gehen. Noch ist Justav mit dem Binden der Schwungseine beschäftigt, als er von hinten einen Stoß bekommt. „Gottverdammich, Gottverdammich! das seht ihr doch, daß ich hier stehe, Kerl, hast du keine Augen im Kopfe, mußt du aber dumm sein“, schnauzte Justav den bedäpperten Radfahrer vor allen Leuten an. Der Zug Bretter kam deswegen aber richtig oben an.

Ja, was nun? Justav hatte doch eine Seidenangst vor einem zweiten Zusammenstoß. Was macht er? Mitten in der Arbeit geht er zu seinem Freund Korle, der nicht weit von der Arbeitsstelle einen Laden mit elektrischen Gegenständen besaß. Kauft sich ein Regenauge und be-

festigt es an seinem Hut. Hut? — Nein! Mütze? — Nein! Es ist eine Kreuzung zwischen Eierfeder und Feuerwehrhelm. Nach innen legte er einen Draht, den er mit einer Batterie verband. Und so hatte Justav auch Nachts ein glühendes Regenauge an seinem Kopfe. Mit dieser Ausrüstung kehrt Justav an seine Arbeitsstelle zurück. Nun sollte mal wieder einer Justav ansfahren — ausgeschlossen. Das Halloh auf der Arbeitsstelle und auf der Straße. Justav hält nun mit besonders sicheren Händen seine Schwungseine.

Von der zweiten Etage des Baues schaut der Herr Baumeister mit dem Polier herunter. Er sieht das Regenauge an Justavs Kopfe glühen und fragt den Polier, ob er einen Verriichten eingestellt habe. Der Polier wendet sich rasch zur Seite, tut so, als müsse er eine Arbeit kontrollieren, dabei kann er das ankommende Lachen verheißeln und mit gefasster Stimme antwortet er: „Dieser Mann ist genau so zuverlässig als die andern übrigen.“

Diesmal verließ der Herr Baumeister die Baustelle mit einem starken Kopfschütteln.

Nun das Theater auf der Straße. Lachen auf allen Gesichtern. Ein dicker Herr klopft Justav auf die Schultern und läßt ihn zu einer Runde Bier in einer nahen Schwemme ein. „Ja, das geht doch nicht, ich kann von meiner Arbeit nicht wegloosen.“ Schließlich siegte doch die Runde. Ein anderer bot ihm eine Zigarre an. Justav griff in allen Fällen zu.

Ich möchte noch verraten, daß Justav ein ausschließlich Anwärter für die „Berliner Illustrierte“ ist. Sein Bild würde noch vielen die Lachmuskeln lockern.

Das Versammlungszimmer leert sich allmählich. Im Gehn erzählt Justav weiter. Ja, er stolpert in seinen Erzählungen in seine Jugendjahre zurück.

Justav und ich fahren zusammen heimwärts. Uns kann nichts geschehen. Am Kopfe des Justaven glüht das Regenauge. Wir sind doppelte gesichert. Und als Justav abgob, überfiel mich wieder ein Lachkrampf. Man lachte noch im molligen Bett. Otto Resch beil.

Am javanischen Eintagszug

Sie haben noch verschlafene Gesichter, die Menschen. Nur die Augen der alten Chinesin sind blank, und die weiße Spitzenjacke mit den Brillantknöpfen sitzt so abrett, ohne die geringste Zerknitterung, als gälte es einer Festivität beizuwohnen und nicht nur einen jungen Menschen — vielleicht ist es ihr Enkel — an den Zug zu geleiten. Schmalgesichtig sieht er aus dem Wagenfenster, und immer wieder schütteln sie sich selbst die Hände mit vielen Verbeugungen gegeneinander. Eine ungeheure Anmut ist in den raschen Bewegungen. Sie ist durchaus nicht so lächerlich, wie von vielen Europäern immer wieder behauptet wird. Gewiß ist sie um einige Grade hygienischer als die weltliche Begrüßungsart.

Gepäckträger in schwarzweiß und rotweiß gestreiften ärmellosen Trikots — anzusehen wie Vagnostraflinge — rennen mit großem Geschrei und viel Umständlichkeit zwischen Bahnhofshalle und Zug. Die Europäer schimpfen aufgeregt, nur die „Indos“ und die Chinesen bleiben gelassen. Die braunen kofferbeladenen Männer, barfuß und barhäuptig, scheinen schwerhörig zu sein gegen das Sundanesisch der westlichen Herren.

Schließlich ist der Zug abfahrtbereit, pünktlich auf die Minute. Dieser Train, ein sogenannter Eintagszug, soll mich bis zum Abend nach Soerabaia bringen. Übermorgen geht der Dampfer nach Australien.

Die Felder liegen noch in schwerem Frühnebel. Er ist dicht, daß die Kronen der Kokospalmen unsichtbar bleiben. Betaut wie im Herbst bei uns sind die breiten Blätter der Bananenstauden; zwischen den Hecken sind zarte Spinnweben zu sehen, wie sonst nur der Altweiberjonnmer sie bringt.

Seltener Morgen in der Tropenwelt Ostindiens: von guter Kühle und Erinnerung weckend an den frühdunstverhangenen Tagesdämmer in Tauris, Schwarzwald und Vogesen. Minutenlang hängt man seiner Sehnsucht nach — wie die Ferne die Dinge verschönt, die unheimbarsten am meisten! — Und während der Zug schon zwischen den Rampen der Eingeborenen durchfährt, ist man noch immer im Bergwirtschhaus am Donon. Dahin, unwiderbringlich: die Forellen, der Markgräfer und die Freundin.

Sentiments! Hier ist Java, ein üppig Teil des zukunftsreichen Ostens, und jenseits des Äquators das müde Europa in Wirnis und Schmerz; hier auf dem schlammigen Reisfeld, dicht an der Bahnlinie und im sich lüchtenden Nebel, stehen schon gebückt die Frauen im kalten Wasser, Sesling und Sesling pflanzend. Zehn Stunden am Tage. Zehnmal sechzig Minuten; nur eine kurze Feier dazwischen in der glühenden Stunde des Mittag. Die grauen Wasserbüffel werden mehr geschont. Sie brauchen nicht vor dem Pflug zu gehen, nicht durch die nassen Sawaß zu stampfen, wenn sie Junge haben: die Frauen aber geben auf das Feld, das Kleine im Hüfttuch mittragend. Hatte es Hunger, wird es gesäugt: unter freiem Himmel, im morgennebelverhangenen Reisfeld. Schonzeit? Für die Tiere — ja.

Mir gegenüber sitzt ein Chinese, vielleicht vierzehn oder fünfzehn Jahre alt. Er ist gekleidet wie ein europäischer Junge: offenes Sporthemd, braunes Jackett, Halbschuhe. Das schwarze Haar kurz geschoren, stramm gezeigter Schweiß. Chinesen mit Zöpfen, die sind wahrscheinlich nur für Märchenbücher übrig geblieben. In den zwölf Wochen, die ich schon östlich von Colombo reise, sah ich nur einen einzigen Zopfträger: auf dem Nummelplatz in Singapur. Er stand als Anreißer vor einer Bude, wo

Säbelkämpfe vorgeführt wurden. Aber vielleicht war auch dieser Zopf nur eine Altrappe.

Der Junge liest eine humoristische Zeitschrift, eine jener albernen Nichtigkeiten, die es nicht allein in den USA. zu außergewöhnlichen Auflageziffern bringen. Sie ist holländisch geschrieben und ihr Inhalt entlockt dem jungen Leser — kein Rädeln. Seine Mutter, mir quer gegenüber — in den indischen Erstklasswagen hat jeder Reisende einen Sitzplatz allein — hat die Füße auf das Lederpulster gezogen und schläft. Der erbseingroße Brillant in ihrem Ohr funkelt niederträchtig, und die gelben gefalteten Hände mit den aufwärts gebogenen Nägeln verraten ein böses Zupackenkönnen. Wie ich die Schlafende betrachte, sehe ich sie um zwanzig Jahre gealtert: sie thront eine allesbeherrschende, allesducende Großmutter in einem jener alten weitläufigen Kaufmannshäuser aus der Zeit der Ostindischen Kompanie, wie ich sie vor einem Monat noch in Alt-Batavia sah. Inmitten einer großen Familie wird sie thronen: die Stöhne und die Schwieger-töchter, die Enkel und alle Angestellten des Geschäfts zittern vor ihr, und keiner von allen würde je wagen, der fast Heiligen zu widersprechen. Mögen die Chinesen in ihrem Neufem auch noch so europäisch-modern sein: in der Familie ist die Großmutter unumschränkte Herrscherin, die die jüngeren Frauen duckt, weil sie selbst einst geduckt wurde.

Seit Stunden vorbei an Reisfeldern, Kokospalmen, Bananenhainen. Immer wiederholt sich das Bild: die Sawaß, winzige Flächen, sorgsam sauber abgegrenzt; in vielen Terrassen angelegt und schwach bewässert oder überschwemmt durch kleine Rinnsale, deren Mündung quadratisch in den schwarzen Lehm gestochen ist. Frauen gebückt, die zarten Seslinge steckend; die Männer mit der Hacke arbeitend oder hinter dem primitiven Pflug, den der graue Wasserbüffel zieht (er gehört oft mehreren Reishauern zusammen). Bei jedem Schritt sinken Mensch und Tier ein bis zu den Knien. Die schwere fruchtbare Erde quackt bei jeder Bewegung.

In vielen Windungen geht der Schienenweg durch die hohen Berge des Ostpreanger, dem landschaftlich schönsten Teil Javas. (Unergeßliche Fahrten zum Pabandajan, überrascht vom Nebel wie in den Hochalpen; urweltliche Nächte an der Südküste des Indischen Ozeans; Silavoet Curen, weltabgeschieden, auf keiner Karte zu entdecken, hundert Schritte hinter der Haustür unberührter Urwald.)

Es gibt keine Tunnels: immer liegen die weiten Täler offen da, werden die Berge oft ringum umfahren, und es ist manchmal als stünde der Zug still und rotierte der Berg. In den Höhenlagen, jenseits der Tausend-Meter-Grenze dehnen sich unüberschaubar die niederen Teestauben. Dazwischen die hellrindigen „Schattenbäume“, deren rasches Wachstum einen doppelten Zweck erfüllt: den See vor allzu starker Sonne zu schützen und gleichzeitig ein billiges Kistenholz liefert.

Mittag. Die Sonne glüht die Wagen aus. Die beiden Ventilatoren wirbeln nur eine heiße Luft von der Decke herunter, und der Wind durch die geöffneten Fenster trägt einen sanften Regen von Kohlenstaub herein. Die Hitze ist unerträglich, auch im Speisewagen. Heißer See ist das beste Eiswasser.

Seit drei Stunden durch Mitteljava. Völlig verändert ist das Antlitz der Landschaft: Ebene, keine Reisfelder mehr, dafür Zuckerrohrpflanzungen, weit bis zum Horizont. Nur vereinzelt noch sind Wasserbüffel zu sehen; das Flachland braucht Rüge und Pferde als Zugtiere.

Schmalgleisige Eisenbahnen kommen aus den Feldern. Zwei Rüge gehen im Joch vor einer Lore; das Zuckerrohr wird zur Bahnstation gebracht, von hier auf der Staatsbahn nach den Fabriken transportiert.

Eine halbe Stunde vor Djoka (berühmte Schnellzugstation: Sultan, Kraton und Abzweigung nach dem Boro-bodur, dem Wallfahrtsort aller Touristen, aber möglichst bei Vollmond), wird eine große, kühn geschwungene Brücke passiert. Das wäre weiter nicht bemerkenswert, ähnliche Eisenkonstruktionen gibt es auch in Europa. Aber keine Frauen — Greisinnen, weißhaarig — und Kinder, die Steine schleppen zum Ausbessern des Brückendamms. Der Zug fährt sehr langsam; deutlich ist zu beobachten, wie schwer die Aermsten atmen; viele halten verschlaufend still, die Hände vor der Brust, als könnten sie damit den stehenden Schmerz aufhalten.

Dieses Bild war das traurigste, das ich in Java sah (wo die Niederländisch-Indische Regierung herrlich und weise mit den Eingeborenen regiert und nicht gegen sie). Hier, im mittleren Inselteil, wo die Sultane von Djoka und Solo ihren Machtbereich Holland gegenüber am längsten halten konnten: hier steckt der Bevölkerung heute noch die jahrhundertalte Sklavenfurcht im Blut. Kein stärkerer Kontrast, als die Menschen Mitteljavas und die der Risten. Der europäische Inspektor geht durch die Plantage: hinter ihm trägt sein Boy ihm Stock und einen zweiten Hut. An der Küste dagegen: der weiße „Herr“ befiehlt etwas, der Sundanese wagt zu widersprechen.

Dreizehn Stunden Bahnfahrt (nachts ruht der ganze Betrieb): ein Sonntag, der in diesem Land es nur dem Kalender nach ist. Schon geht es über die Weichen der weiten Bahnhofsanlage von Soerabaia. Geschrei der Gepäckträger und Aufdringlichkeit der Hotelbediener: Hafensstadt. Eine Nacht noch in Java: über den Abschied hinaus wird lebendig bleiben ein gutes Gedanken an Menschen (weiße und braune), Landschaft und eine väterlich sorgende Regierung. Vielleicht wird eine stille Wehmut nach dieser Insel die Monate im fünften Erdteil überschatten.

Rurt Offen burg

Floß-Ploßberg. (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung fand am 25. Januar in Ploßberg statt. Der Vorsitzende, Kamerad Lang, verwies in seinem Jahresbericht mit Recht auf den guten Geist, der für unsere gemeinsame Sache, in unserer Zahlstelle herrscht. Allen Kameraden, die im vergangenen Jahre ihren gewerkschaftlichen Verpflichtungen nachgekommen sind, sprach der Vorsitzende den Dank der Organisation aus. Kamerad Sauter von der Gauleitung gedachte insbesondere der Ausdauer und Geduld, die von den Kameraden aufgebracht wurde, bis es überhaupt gelang, auch in unserer steinernen östlichen Oberpfalz Boden für die Gewerkschaft zu gewinnen. Vor einhalb Jahren konnte die Gründung unserer Zahlstelle stattfinden. Wenn auch damals noch der eine oder der andere Kamerad der Organisation skeptisch gegenüberstand, so dauerte dies aber nicht lange. Schon nach einigen Tagen unseres Bestehens räumte die Gauleitung mit den bis dahin noch bestehenden anmutigen mittelalterlichen Zuständen in den Betrieben auf. Manche Stunde der Aufklärung wurde uns indessen zuteil, so daß wir heute und nie mehr unsern Zentralverband vermissen möchten. Anschließend an den Jahresbericht des Vorsitzenden nahm Kamerad Sauter zu seinem Vortrag „Rückblick und Ausblick“ das Wort. Unter anderm führte der Referent aus, daß die Wirtschaftskrise auch selbst bisher verschont gebliebene Länder heimgesucht hat, so daß sie zu einer Weltwirtschaftskrise ausartete. Die Sorte von Menschen, die sich in Deutschland als „Deutschlanderneuerer“ aufspielt, will dem Volke immer noch Glauben machen, die deutsche Wirtschaftskrise sei auf das Schuldkonto der Gewerkschaften und unserer politischen Partei, der Sozialdemokratie, zu buchen. Durch die betriebene Lohn- und Sozialpolitik — sie bezeichnen es als verkehrte Politik — der deutschen Arbeiterbewegung, sei das Volk in dieses Elend geführt worden. Daß diese Verdächtigungen nur Schwindel sind, verstand der Referent ausgezeichnet, den Kameraden klarzumachen. Es handelt sich um eine Krise des Kapitalismus, der herrschenden Wirtschaftsreform. Diese zeigt sich immer mehr unfähiger, um Herstellung und Verbrauch in Einklang zu bringen. Die Produktivkräfte sind den Besitzverhältnissen weit, weit voraus. Die geschwächte Kaufkraft der Massen nimmt die Menge an Gütern nicht mehr auf, die infolge einer verbesserten Technik auf den Markt gebracht werden. Nur eine planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft an Stelle dieser kapitalistischen Profitwirtschaft wird und kann eine völlige Lösung der Krise bringen. Starker Beifall zollte dem Referenten seine trefflichen Ausführungen. Im nächsten Tagesordnungspunkt wurde die alte Verwaltung einstimmig wiedergewählt. In seinem Schlußwort gedachte der Vorsitzende noch der aufopfernden Tätigkeit des Zahlstellensassistenten, darüber hinaus besonders auch der Kameraden von Eirschenreuth. Mit einem Appell an die Versammlung, auch in diesem Jahre nicht nur ihre Verpflichtungen der Organisation gegenüber getreu zu erfüllen; sondern auch darüber hinaus die Worte des Referenten zu beherzigen und die darin gestellten Aufgaben ebenso getreu zu befolgen, schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Vorsitzende unsere erste Generalversammlung.

Freiburg i. B. (Jahresbericht.) Am 18. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung, die gut besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht und erläuterte dabei eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Zahlstellengebiet. Dabei wurde erwähnt, daß auch im Zahlstellengebiet Kameraden unter dem Tariflohn arbeiten. Im Allgemeininteresse rigte der Vorsitzende scharf das schädigende Verhalten dieser Kameraden. Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahre als sehr groß zu bezeichnen. Den Rassenbericht gab Kamerad Bühner. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Belege in besserer Ordnung sind, und die beantragte Entlastung wurde von der Versammlung einstimmig erteilt. Anschließend hielt Gauleiter, Kamerad Engler, einen Vortrag über die Lage im Baugewerbe und die kommenden Lohnverhandlungen. Kamerad Engler schilderte ausführlich die Verhältnisse auf dem Baumarkt in Verbindung mit der großen Arbeitslosigkeit. Auf Grund dessen glauben die Unternehmer jetzt die Zeit für gekommen, unsere Rechte zu schmälern. Der Referent ermahnte die Kameraden, zusammenzustehen und mitzuwirken, daß uns die Unternehmer im Frühjahr gerettet finden. Der erste Vorsitzende dankte dem Gauleiter für seine vorzüglichen Ausführungen und ermahnte die Kameraden, das Gehörte zu beherzigen. Hierauf wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt mit Ausnahme des ersten Schriftführers, für diesen wurde ein jüngerer Kamerad vorgeschlagen und auch einstimmig gewählt. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit der Mahnung an die Kameraden, auch in diesem Jahre alle Kraft einzusetzen zum Nutzen der Zahlstelle wie des Zentralverbandes, die Versammlung.

Gera. (Jahresbericht.) Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch war in Anbetracht der Verhältnisse gut. Vor Eintritt in die Tagesordnung überreichte der Vorsitzende dem Kameraden Louis Werner das Diplom für 25jährige Mitgliedschaft und Treue zum Verbands. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm Gauleiter Kamerad Gustav Laue das Wort und referierte über die Wirtschaftskrise, die nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Kulturstaaten sich in gleicher Weise bemerkbar mache. Redner streifte in längeren Ausführungen die Ursachen, die nur in der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet liegen. Am so mehr sei es erforderlich, daß die Stosskraft der Arbeiterorganisation nicht geschwächt, sondern jeder einzelne sich in den Dienst stelle und immer mehr Zimmerer dem Verbande zuführen müßte. Zum zweiten Punkt Jahresberichte: a) der Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) des Jugendleiters wurden nur noch kleine Erläuterungen gemacht, da die Berichte in Vervielfältigung jedem Kameraden ausgehändigt wurden. Zum Rassenbericht sei erwähnt, daß die Zentralkasse in Einnahme und Ausgabe mit 13 278,85 M abschließt. Infolge der großen Arbeits-

losigkeit konnten der Zentralkasse nur 2550 M in bar gesandt werden; alle übrigen Gelder wurden zur Auszahlung von Unterstützungen verwendet. Die Lokalkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 8874,45 M ab. Der Vermögensbestand der Lokalkasse betrug am Jahresluß 3411,12 M und ist auch hier ein merkwürdiger Rückgang zu verzeichnen. Die Mitgliederbewegung ergibt 350 Kameraden, einschließlich 43 Lehrlinge. Dem Kassierer wurde auf Antrag für seine gewissenhafte Rassenführung und aufopfernde Tätigkeit Entlastung erteilt. Die anschließend vorgenommene Neuwahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre, mit Ausnahme einiger Neubesetzungen. Am Grund der schlechten Lage nicht mehr in dem Maße von der Substanz der Lokalkasse zehren zu müssen, wurde durch vorherige Verständigung mit den Beitragskassierern beschlossen, daß die Kassierer nicht mehr wie bisher 1,20 M, sondern 1 M pro Mitglied im Vierteljahr erhalten. Des weiteren hat jedes Mitglied eine Extramarkte zu 10 s im Monat zu fleben. Ganz besonders wird Wert darauf gelegt, daß jedem Kameraden der „Zimmerer“ auch jede Woche durch den Beitragskassierer zugestellt wird, da das Verbandsorgan für jeden Kameraden von großer Wichtigkeit ist. Diese Maßnahme ist nur in Anbetracht der Verhältnisse als ein Notopfer vorläufig bis Ende des zweiten Quartals vorgesehen. Gauleiter Kamerad Laue ging in seinem Schlußwort noch des näheren auf den am 31. März ablaufenden Reichs- beziehungsweise Bezirksstaris ein und gab klar zu erkennen, daß, wenn ein Vertrag zustande kommen sollte, schwere Gegensätze zu überbrücken sind. In seinen weiteren Ausführungen gab er der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Zimmerer wie immer sich der Dinge klar sind und auch was kommen mag zu überwinden verstehen. Der jüngeren Generation führte er Kamerad Werner, dem heute das Diplom für seine 25jährige Verbandszugehörigkeit übergeben wurde, als Beispiel an, mit dem Wunsche dem nachzueifern. Ferner widmete er dem 1. Vorsitzenden Birholz für seine jahrzehntelange Hingabe für die Interessen der Zimmerer einige zu Herzen gehende Dankesworte. Damit fand die Versammlung ihren Abschluß.

Gnoien i. M. Einen zufriedenstellenden Besuch konnten wir bei unserer diesjährigen Generalversammlung feststellen, die am 17. Januar stattfand. Zunächst erstattete der Kassierer einen Bericht über die Abrechnung vom 4. Quartal. Da kein Grund zu Beanstandungen vorlag, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende berichtete über die Ereignisse des Jahres. Im vergangenen Jahre haben 11 Mitgliederversammlungen stattgefunden, wovon ungefähr die Hälfte gut besucht war. Die Bautätigkeit war im allgemeinen sehr schlecht. Die großen Güter der Umgegend boten mit wenig Ausnahmen nicht die Arbeitsgelegenheit, die wir erhofft haben. Einem Teil der Kameraden war es nicht möglich, Arbeit zu erhalten. Da in der Nähe ein großes Gut einer Siedlungsgesellschaft verkauft worden ist, können wir mit einer besseren Konjunktur demnächst rechnen. Gegen Ende des Jahres waren fast alle Kameraden arbeitslos. Die Löhne haben sich im Berichtsjahre nicht verändert. In den Rassenverhältnissen spiegelt sich die trostlose Wirtschaftslage wider. Gegen Jahresende konnten wir feststellen, daß die Lokalkasse über einen Bestand von 298 M verfügte. Im Anschluß daran wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, die keinerlei Veränderung zeigte. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

Görlitz. (Jahresbericht.) Am 21. Januar fand im Volkshaus unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab zu Punkt 1 den Jahresbericht. Redner betonte, daß das verflossene Jahr sich als das schlechteste ausgewirkt habe. Mit Ende des zweiten Quartals war es erst möglich, einen Teil unserer Kameraden in Arbeit zu bekommen. Leider konnte ein erheblicher Teil überhaupt keine Arbeit finden, und es bestand für diese Kameraden keine Möglichkeit, sie der staatlichen Arbeitslosenunterstützung zuzuführen. Bei den Lohnverhandlungen kam noch hinzu, daß man den Zimmerern im Berichtsjahr vor dem erweiterten Tarifamt zu Breslau den Lohn um 1 s den Maurern gegenüber kürzte, obwohl wir jahrzehntelang im Stundenlohn gleichgestanden haben. Da dieser Schiedspruch mit Wehrheit angenommen wurde, war für uns der weitere Verhandlungsweg erschöpft. Dem Bauarbeiterzuschuß wurde die größte Beachtung geschenkt. Es haben mehrere Baukontrollen stattgefunden und die vorhandenen Mängel konnten beseitigt werden. Ferner ging der Redner in seinem Bericht auf die Jugendbewegung ein. Obwohl der Jugendleiter seine ganze Kraft in den Dienst der Jugendbewegung gestellt hatte, mußte doch am Schluß des Jahres festgestellt werden, daß die praktischen Vapfelabende nur zu einem geringen Teile besucht waren. Auch verwies der Vorsitzende auf den Gaujüngertag, der in Görlitz stattfinden soll. Hierzu ist das Sparmarkensystem eingeführt, wofür jeder Jugendliche Sparmarken in Höhe von 20 bis 50 s von den Unterkassierern erhält. An Streitigkeiten wurden 2 Fälle zur Zufriedenheit der Lehrlinge ausgetragen. Ferner ging aus dem Jahresbericht hervor, daß 12 Mitglieder- versammlungen, 7 Vorstandssitzungen, 2 außerordentliche Sitzungen mit den Jungkameraden, ferner 12 ordentliche und 3 außerordentliche Rariellitzungen, 2 Sitzungen als Gesellschafter der Bauhütte, 9 Sitzungen als Vertreter der Organisation der Betriebsräte stattfanden. Der Versammlungsbefuch hat den Vorstand nicht gerade voll und ganz befriedigt. Es wurde vom Vorsitzenden der Wunsch ausgesprochen, dem Versammlungsbefuch im kommenden Jahr mehr Rechnung zu tragen. Denn nur durch guten Versammlungsbefuch wird es dem Vorstände möglich sein, enge Fühlung mit den Kameraden zu behalten. Redner streifte auch die Agitation im Zahlstellengebiet und betonte, daß es in der gegenwärtigen Zeit sehr schwierig ist, an die uns noch fernstehenden Zimmerer mit Erfolg heranzukommen. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresluß 250 Kameraden, davon 21 Lehrlinge. In seinen Schlußausführungen ging der Vorsitzende noch auf die Kassengeschäfte ein, die im verflossenen Jahre einen nicht allgemein befriedigenden Abschluß gezeitigt haben. Infolge der kolossalen Erwerbs-

losigkeit der Mitglieder ist auch das Vermögen der Lokalkasse um etliche hundert Mark zurückgegangen. Aber auch die Einnahmen für die Zentralkasse haben ganz beträchtlich unter der Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt. Infolge der schlechten Finanzlage der Lokalkasse war es nicht möglich, Extrarückstellungen irgendwelcher Art zu gewähren, mit Ausnahme unserer Invaliden, die durch Versammlungsbeschlüsse eine Weihnachtsunterstützung in der Gesamtsomme von 79,90 M erhielten. Es wurde aber mit besonderer Genugtuung ausgesprochen, daß der Zentralvorstand ein warmes Herz für die ausgesteuerten Kameraden hatte und der Zahlstelle einen Betrag von 915,60 M zur Auszahlung der Weihnachtsunterstützung übermittelte. Ferner ist durch Versammlungsbeschlüsse herbeigeführt worden, daß diejenigen, die vom Verbandsunterstützung beziehen, wöchentlich 10 s Extrabeitrag abliefern müssen, zur Stärkung der Lokalkasse. Durch die letzte Statistik über den Beschäftigungsgrad mußten wir der Zentrale mitteilen, daß zur Zeit nur sieben Mann in Arbeit stehen, ausschließlich Poliere und 14 Lehrlinge. Nach Erstattung des Rassenberichts, der durch die Revisoren bestätigt wurde, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der Vorsitzende richtete zum Schluß die dringende Bitte an alle Kameraden, die Verbandsstreue auch fernerhin zu bewahren, tatkräftig mitzuarbeiten, damit wir in dieser schweren Zeit ein geschlossenes Ganzes innerhalb unserer Organisation bilden mögen.

Grevesmühlen. Die Generalversammlung für das Zahlstellengebiet fand am 25. Januar statt. Der Vorsitzende erstattete einen umfangreichen Jahresbericht und führte aus, daß die Konjunktur als mittelmäßig zu bezeichnen war. Trotzdem war es nicht allen Kameraden möglich, ihre 26 Wochen Anwartschaftszeit zu erfüllen. Die höchste Arbeitslosigkeit war im Monat Februar mit 79,5 % und sank im Juli auf 8,3 %. Ueber die Arbeitslosigkeit unserer Kameraden wurde im Zahlstellengebiet eine umfassende Statistik geführt. Der Mitgliederbestand betrug im Durchschnitt 50 Kameraden, davon 3 Lehrlinge. Versammlungen wurden 8 abgehalten sowie 3 Vorstandssitzungen und 7 Betriebsversammlungen. Durch die Versammlungsstatistik wurde festgestellt, daß 9 Kameraden überhaupt keine Versammlung besucht haben. Einige Streitfälle wurden vor dem Spruchauschuß sowie von der Schlichtungskommission zugunsten der Kameraden beigelegt. Infolge Nichtauszahlens des Lohnes und einer Streitigkeit wegen Nichtlebens der Invalidenmarken wurde über eine Firma zweimal die Sperre verhängt, die für die Kameraden mit vollem Erfolg endigte. Bei der strittigen Summe handelte es sich um einen Betrag von rund 3500 M. Nach Erstattung des Rassenberichts wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Aus Mitteln der Lokalkasse wurde an mehrere Kameraden eine Sonderunterstützung zu der von der Zentrale gewährten Weihnachtsunterstützung ausgezahlt. Am Schluß des Jahres hatte die Lokalkasse ein Vermögen von rund 459 M. Die Wahl des Ausschusses ergab die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Nachdem noch einige Kameraden für die kommenden Lohnverhandlungen bestimmt wurden, konnte die mittelmäßig besuchte Versammlung geschlossen werden.

Hannover. Am 18. Januar fand unsere Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshause statt. Der Vorsitzende gedachte in ehrenden Worten der 10 verstorbenen Kameraden. Jahresabrechnung, Jahresbericht und Statistik über die Arbeitswochen der einzelnen Mitglieder, ferner über den Besuch der Versammlungen und über den Verkauf der beschlossenen Extramarken, zugunsten der Arbeitslosen, lag den Delegierten gedruckt vor. Zum Punkt 1 wurde dem Kassierer, nach Beantwortung einzelner Positionen, Entlastung erteilt. Der Lokalkassenbestand betrug am Jahresluß 8225,31 M. An den Arbeiten des Vorstandes, dem Jahresbericht usw. wurde eine Kritik nicht geübt und somit die Arbeiten des alten Vorstandes gutgeheißen. Der Vorsitzende wies in seinem Bericht auf die augenblickliche schwere Wirtschaftslage hin, und ermahnte die Delegierten, den unwahren Gerüchten anderer Kategorien, daß die Gewerkschaften an den heutigen Zuständen die Schuld trügen, entgegenzutreten und unentwegt, ganz gleich wie sich die Zukunft gestalten, dem Zentralverband der Zimmerer nach wie vor die Treue zu bewahren. Dieser Standpunkt wurde auch in der Aussprache der Delegierten vertreten. Auch zum Eintritt in das Reichsbanner, als Gegengewicht gegen die Nationalsozialisten, forderte der Vorsitzende zum Schluß seiner Ausführungen auf. Der Jugendleiter gab den Bericht über die Jugendbewegung. Der Besuch der Veranstaltungen lasse noch viel zu wünschen übrig. Auch forderte der Jugendleiter von den Delegierten, mehr wie bisher auf die Jugend einzuwirken zum Besuch unserer Jugendveranstaltungen. Es müßte alles versucht werden, die Jugend aus den bürgerlichen Sport- und anderen Vereinigungen fernzuhalten. Zur Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand wieder vorgeschlagen und einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme eines neuen Revisors. Auch wurden die von dem Bezirk Hannover vorgeschlagenen Delegierten bestätigt. Der Vorsitzende sprach im Namen des Vorstandes seinen Dank für die Wiederwahl aus und versprach, daß der Vorstand, genau wie bisher, im Interesse der Zahlstelle und seiner Mitgliedschaft arbeiten werde. Betreffs der Lohnfrage und Ablauf des Reichsstaris teilte der Gauleiter, Kamerad Naserke, mit, daß bis jetzt von keiner Seite irgendwelche Andeutungen gemacht seien. Trotzdem müßten wir uns auf die kommenden Verhältnisse einstellen und dafür sorgen, daß es in ganzen Zahlstellengebiet sowie im Gau keinen unorganisierten Zimmerer und Lehrling mehr gebe. Der Vorsitzende verwies auf den „Zimmerer“ Nr. 2 betr. Verkürzung der Arbeitszeit. Diese müsse unbedingt eingeführt werden, wenn überhaupt die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden solle. Ueber unsern Bezirksstaris war die Versammlung der Meinung, daß die Abmachungen über Fahrgeld, Auslösung usw., diesmal etwas präziser gefaßt werden müßten. Der Jugendleiter teilte noch mit, daß am 18. Februar abends im Volksheim ein Elternabend für unsere Lehrlinge und deren Angehörige stattfindet. In diesem werden künstlerische Darbietungen und

von der Jugend selber verfasste Theateraufführungen arrangiert. Er bittet auch die Mitglieder mit ihren Frauen hieran teilzunehmen. Eintritt für alle Teilnehmer frei. Nachdem noch eine Reihe lokaler Angelegenheiten besprochen wurden, ermahnte der Vorsitzende die Delegierten, in ihren Bezirken dafür zu sorgen, daß alles Besprochene auch durchgeführt wird. Wenn in diesem Jahre wie bisher jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tue, dann werden wir auch über diese schwere Zeit hinwegkommen. Hierauf wurde die sachlich und angeregte Versammlung geschlossen.

Kiel. Daß die Kieler Zimmerer den Ernst der Lage erkannt haben, bewies der überaus starke Besuch unserer am 10. Februar stattgefundenen Generalversammlung. Mit einer selten zu findenden Einigkeit und Geschlossenheit beendete die Versammlung, daß sie nicht Willens ist, andere Wege zu gehen, wie sie vom Zentralvorstand vorgezeichnet sind. Dem Jahresbericht ging die Abrechnung des vierten Quartals voraus. Der Lokalfassenbestand von 16 322,52 M zeigte im vierten Quartal einen Zuwachs von 456,72 M, trotz der großen Arbeitslosigkeit. Umgesetzt wurden insgesamt 11 176 Beitragsmarken, davon 6893 Freimarken. Um fast das Doppelte stieg die Zahl der Beitragsfreien und Invaliden, von 47 auf 86 am Schlusse des Jahres. Anschließend wurde der bereits veröffentlichte Jahresbericht ebenfalls von dem Kameraden Marten vorgetragen. In seinen Ausführungen über die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands behandelte der Referent ausführlich die Kieler Verhältnisse. Von der sich anschließenden Aussprache machte die Opposition regsten Gebrauch. Neben dem eigentlichen zur Debatte stehenden Jahresbericht wurde um so mehr auf die augenblickliche politische Situation eingegangen, in der die bekannten Einwände nicht fehlten. Vom Gauvorstand war Kamerad Steinfeld anwesend, der neben andern Diskussionsrednern den Widersachern eine gründliche Abfuhr erteilte. Bei der folgenden Vorstandswahl wurde eine Gegenliste eingereicht. Der alte Vorstand stellte sich wieder zur Wahl und wurde gegen sechs Stimmen wiedergewählt. Dieses Ergebnis sollte doch auch den Oppositionellen gezeigt haben, daß in unserm Verbands kein Arbeitsfeld für ihre schädigende Tätigkeit vorhanden ist. Trotz der großen wirtschaftlichen Bedrängnis wollen die Zimmerer Kiels den bisherigen Weg nicht verlassen. Unter Mitteilungen wurde nochmals auf die Situation verwiesen. Den bereits stattgefundenen und noch bevorstehenden Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages ist größte Beachtung zu schenken. Mit einem Hoch auf unsern Zentralverband wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Kulmbach. (Jahresbericht.) Am 18. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab nach Begrüßung der Kameraden bekannt, daß 25 Jahre seit Gründung der Zahlstelle verfloßen sind. Dieses Ereignis wollen wir im Laufe des Sommers mit einer Feier nebst Ehrung der Jubilare begehen. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr ruhig verlaufen ist. Der Tarifvertrag wurde bei gleichem Lohn bis 31. März 1931 verlängert. Die Bautätigkeit hielt sich in mittleren Bahnen, so daß im ganzen Jahre erwerbslose Kameraden zu verzeichnen waren. Die Tätigkeit der Zahlstelle erstreckte sich auf 4 Vorstandssitzungen, 10 Mitglieder- und 2 Jugendversammlungen. In den Versammlungen wurden alle für die Zahlstelle in Betracht kommenden Arbeiten erledigt. Der Bericht des Kassierers, Kameraden Rupp, der seinen Posten 24 Jahre bekleidet, wurde für gut befunden, so daß ihm Entlastung erteilt werden konnte. Die Höhe der als Weihnachtsgeschenk an die ausgesteuerten Kameraden ausgezahlten Gelder betrug 365,70 M. Aus dem Bericht des Jugendleiters war zu entnehmen, daß die Arbeiten in den Modellierstunden rüstig vorwärts gehen. Die Stunden waren durchschnittlich von 6 Jungkameraden besucht und werden jeden Sonntagvormittag in der Werkstätte des Kassierers abgehalten. Die Wahl der Vorstandschaft ging ohne Schwierigkeiten von statten und ergab keine wesentlichen Änderungen. Die Mitgliederversammlungen finden jeweils vom Oktober bis März jeden ersten Sonntag und vom April bis September jeden ersten Freitag im Monat statt. Auf die Sparmarken zum Jugendtreffen in München wurde vom Jugendleiter hingewiesen. Kamerad Türk dankte im Namen der Kameraden der Vorstandschaft für die gewissenhafte Geschäftsführung. Der Vorsitzende schloß hierauf mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband die gut verlaufene Versammlung.

Langelshelm (Harz). Für unser Zahlstellengebiet fand am 20. Januar die Generalversammlung statt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die Wirtschaftslage im Jahre 1930 auch unser Zahlstellengebiet nicht verschonte und ein großer Teil der Kameraden nicht in der Lage war die Inanspruchnahme in der Arbeitslosenversicherung zu erfüllen. Der Versammlungsbesuch war im Berichtsjahr als gut zu bezeichnen. Nach Erstattung des Rassenberichts wurde von den Revisoren die Entlastung des Kassierers beantragt und von der Versammlung einstimmig erteilt. Die Vorstandswahl ergab keine wesentliche Änderung der bisherigen Funktionäre. Eingehend wurde zu den kommenden Tarifverhandlungen Stellung genommen und betont, daß wir unsere ganze Kraft zusammennehmen müssen, um die geplanten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer abzuwehren. Der Vorsitzende betonte, daß, wenn alle Kameraden treu zum Verbands halten und jeder seinen Mann zu stellen weiß, wir auch über diese Zeit hinwegkommen.

Penjahn. Unsere Jahresversammlung fand am 24. Januar statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und begrüßte die anwesenden Kameraden. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über das verfloßene Jahr. Hierauf erstattete der Kassierer den Rassenbericht vom vierten Quartal. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Anschließend wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Nachdem ging es zu Punkt Verschiedenes über. Die Kameraden waren noch einige Stunden gemächlich beisammen.

Neuruppin. Am 25. Januar fand unsere Jahresversammlung, die von 25 Kameraden besucht war, statt.

Der Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht und hob besonders hervor, daß auf Grund der großen Arbeitslosigkeit die Agitation für den Verband nicht so betrieben werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre. Alsdann erstattete der Kassierer den Rassenbericht, der von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Der bisherige Vorstand wurde bis auf den zweiten Vorsitzenden und zweiten Kassierer wiedergewählt. Unter Punkt Verschiedenes beschloß die Versammlung, daß jeder Kamerad, der nicht sieben Mitgliederversammlungen im Jahre besucht, von der Weihnachtsbeihilfe der Lokalkasse ausgeschlossen wird. Ferner beschloß die Versammlung, auch in unserer Zahlstelle den neuen Lichtbildvortrag über die Zimmererbewegung in nächster Zeit abzuhalten. Mit dem Wunsche, daß diese Versammlung dann auch von den Frauen unserer Kollegen besucht werden möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rosfen. Unsere gut besuchte Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Eingang der Versammlung hielt Gauleiter, Kamerad Köhler, einen Vortrag über „Wirtschaftskrise und Gewerkschaftsarbeit“. Der Referent verstand es in ausgezeichneter Weise in seinem Vortrag alle die Fragen der heutigen Wirtschaftskrise in engster Verbindung mit unserer Gewerkschaftsarbeit zu erläutern. Durch die große Aufmerksamkeit bewiesen die Kameraden ihr Interesse an den Ausführungen des Referenten. Anschließend erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Da schon Kamerad Köhler über die Wirtschaftslage eingehend gesprochen hatte, beschränkte sich der Redner auf die rein geschäftliche Berichterstattung. Der Mitgliederbestand betrug im Jahresdurchschnitt 128 Kameraden; davon 16 Lehrlinge. Durch die große Arbeitslosigkeit ist das Lokalvermögen wesentlich zusammengeschrumpft. Daß die Kameraden mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden waren, bewies, daß der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Nachdem der Vorsitzende auf die Bildungsveranstaltungen des Ortsartells hingewiesen hatte und die Kameraden ersuchte, sich zahlreich daran zu beteiligen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Rüstringen-Wilhelmshafen. Am 21. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Die Zahlstelle hatte im vergangenen Jahre unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Selbst die Hochsaison brachte manchem Zimmerer überhaupt keine Beschäftigungsmöglichkeit. Erst im Spätsommer setzte die Bautätigkeit ein. Leider aber auch nicht so, daß alle Kameraden in Arbeit treten konnten. Speziell im Oldenburger Land sei es so, daß dort die Hauszinssteuer zum größten Teil von der Verwaltung aufgezehrt wird. Hierin Wandel zu schaffen, sei unbedingt erforderlich. In der Werbeaktion seien einige Erfolge zu verzeichnen. Die Weitaufgigkeit der Zahlstelle erschwere die Werbetätigkeit ungemein. Trotzdem solle weiter versucht werden, den letzten uns noch fernstehenden Zimmerer für unsere Organisation zu interessieren. Von der Lehrlingsbewegung sei nicht viel zu berichten. Die vier Lehrlinge, die unserer Organisation angeschlossen seien, kämen Ostern aus der Lehre, und wäre dann die Zahlstelle ohne Lehrlinge. Streitfragen vor dem Schlichtungsausschuß oder vor dem Arbeitsgericht waren nicht zu erledigen. Die Bauarbeiterbeschulungskommission trat ebenfalls sehr wenig in Tätigkeit. Die Unternehmer können sich immer noch nicht daran gewöhnen, daß sie ihren Beschäftigten menschenwürdige Unterkunft, hygienische Aborte, einwandfreie Verbandskästen und vor allen Dingen Schutzgerüste zu beschaffen haben, die Anfälle so gut wie unmöglich machen. Die Platzbelegierten müssen mit allem Nachdruck die Beseitigung der Mängel fordern und die Unternehmer auf ihre gesetzlichen Pflichten aufmerksam machen. Aber es scheint so, als wenn die Forderung nach Lohnabbau sie für alles andere blind gemacht hat. Infolge der großen Arbeitslosigkeit und der ungeheuren finanziellen Belastung der Wohlfahrtsämter machte sich eine Sitzung mit hiesigen Stadtvertretern und dem Arbeitsamtsdirektor notwendig. Der Leitgedanke dieser unverbindlichen Besprechung war, daß unter allen Umständen die hiesigen Bauarbeiter bei Neueinstellungen zuerst berücksichtigt werden müssen. Zur Zeit fielen 200 Bauarbeiter mit 300 Familienangehörigen der öffentlichen Wohlfahrt zur Last. Die Behörden gingen dann dazu über und verpflichteten auf Grund der Bedingungen den in Frage kommenden Unternehmer, bei städtischen Bauten und Arbeiten, die mit städtischer Hauszinssteuer finanziert würden, nur hiesige Arbeiter, und zwar 50 % Freiarbeiter und 50 % Wohlfahrtsempfänger einzustellen. Aus diesem Grunde mußten zwangsläufig leider einige auswärtige Arbeiter entlassen werden. Der Versammlungsbesuch und der Besuch der Delegiertensitzungen müßte als nicht genügend betrachtet werden. Hier gäbe es noch viel Erziehungsarbeit zu leisten, denn in diesen ersten Zeiten ist der Zusammenschluß aller Kameraden unbedingt notwendig. Die Aussichten für dieses Jahr seien ziemlich trübe. Eine Belebung der Bautätigkeit sei vorläufig nicht zu erwarten. Der Ablauf der Tarife schaffe eine ungewisse Situation, und gerade darum sei es Pflicht eines jeden Kameraden, sich auf den Versammlungen über die jeweilige Lage zu orientieren, um dann einem eventuellen Angriff der Unternehmer in geschlossener Abwehr entgegenzutreten zu können.

Verbst. Am 18. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Kamerad Mittelstraß hielt einen Vortrag über „Die Praxis des Arbeitsgerichtsgesetzes“. Der Redner verstand es, die Versammlung mit seinen reichhaltigen Ausführungen an sich zu fesseln. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für die lehrreichen Ausführungen. Die Berichte des Vorsitzenden, Kassierers und Jugendleiters fanden allgemeine Zustimmung. Der Mitgliederbestand bewegte sich von 63 Kameraden im Vorjahre auf 69 Kameraden am Schlusse des vierten Quartals. Die Geschäfte wurden in 12 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen erledigt. Die Wahl des Vorstandes hat einige Änderungen mit sich gebracht, war aber schnell erledigt. Der zweite Vorsitzende dankte dem zurücktretenden ersten Vorsitzenden für seine Tätigkeit, die er in gewissenhafter und verbandsfördernder Weise ausgeführt hat. Mit der

Aufforderung, auch im kommenden Jahr treu zusammenzuhalten, um die Interessen des Verbandes bei jeder Gelegenheit zu vertreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Baugewerblides

Ist das Lehrlingsausbildung?

In der „Sörliger Volkszeitung“ vom 4. Februar finden wir eine Notiz, die sich mit den trübsamen Ausbildungsverhältnissen der Lehrlinge im Zimmerergewerbe befaßt. Wir lesen dort folgendes: Seit Jahren ist die Lehrlingshaltung in den vielen hier vorhandenen kleinen Zimmerergeschäften weit überlegt, so daß schon im vorigen Jahre keine Beschäftigung für den großen Stab an Lehrlingen vorhanden war. Die Firma Leberer in Löwenberg hat zwei Zimmerlehrlinge, einer wurde während des ganzen Jahres vier Wochen, der andere 13 Wochen beschäftigt. Und der Obermeister der Bauhandwerkerinnung für den Löwenberger Kreis, Baumeister Peufert, beschäftigte von seinen drei Lehrlingen im Jahre 1930 einen überhaupt nicht, einen zwei Wochen und einen 14 Wochen.

Man greift sich an den Kopf und fragt sich, wie unter solchen Verhältnissen ein Lehrling während der Lehrzeit das erforderliche Rüstzeug für seine spätere Gesellentätigkeit erhalten soll. Der Gauleitung des Zentralverbandes der Zimmerer wurden diese unerklärten Verhältnisse bekannt, die eine Beschwerde an die Handwerkskammer richtete. Diese hielt Nachfrage bei Herrn Peufert, der die Minderbeschäftigung der Lehrlinge bestätigen mußte und die allereinfachsten Begründungen dafür gab. Zunächst schimpft er auf die Regierung, die geduldet habe, daß die Gewerkschaften die Löhne „künstlich in die Höhe“ trieben, wodurch er dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig geworden sei. Uns ist nicht bekannt, das ausländische Firmen im Kreise Löwenberg Zimmererarbeiten verrichtet hätten! Die „Tarifgesellen“, damit sind organisierte Zimmerer gemeint, zögen die Arbeit stark in die Länge und brächten ihn durch ihren „hohen“ Tariflohn um jede Erwerbsmöglichkeit, außerdem seien die am Ort ansässigen Zimmerer „vielfach minderwertige Handwerker“. Es gehört schon allergrößte berufswirtschaftliche Innuenzfrämerei dazu, auf der einen Seite von minderwertigen Gesellen zu sprechen und auf der andern Seite minderwertigste Ausbildung des Nachwuchses so stark zu fördern, wie das in Löwenberg und Umgegend geschieht. Jetzt haben die Lehrlinge keine Ausbildungsmöglichkeit, später werden sie dafür verantwortlich gemacht, weil sie naturgemäß keine normalen Leistungen erreichen. Außerdem wird ihnen der Tariflohn nicht zuerkannt. Solche Verhältnisse und Aussichten liegen weder im Interesse der Eltern, noch des Lehrlings, noch des Berufs. Schuld an diesen ungewöhnlichen Erscheinungen tragen nicht in erster Linie die erschwerten wirtschaftlichen Verhältnisse. Schuld trägt vielmehr die planlose Lehrlingszüchterei, die hier geradezu in unerhörter Blüte stand.

Die Eltern seien hierdurch gewant, ihre Söhne, die Ostern die Schule verlassen, einem Zimmermeister in die Lehre zu geben. Die Lehrmöglichkeiten für den Zimmererlehrling sind ohnehin durch Bitterungseinflüsse beschränkt. Aber die geschädigten Verhältnisse führen zu einer völlig ungenügenden Berufsausbildung und wenn diese „Lehren“ beendet sind, wird bewußt, daß die Zeit nutzlos vertan war, weil dieselben Meister keine minderwertigen Gesellen, die von ihnen selbst ausgebildet wurden, beschäftigen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Wann besteht keine Arbeitslosigkeit im Sinne des § 89 a ABAWG.?

Durch die Änderung vom 12. Oktober 1929 im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde auch § 89 a neu eingefügt. Dadurch wurde hauptsächlich der Begriff „wann Arbeitslosigkeit im Sinne des Gesetzes eintritt“ geklärt. Trotz der genauen Umschreibung treten in Grenzfällen noch Unklarheiten zu Tage. Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung hat in letzter Zeit in drei Fällen grundsätzliche Entscheidungen über den Begriff „Arbeitslosigkeit nach § 89 a des Gesetzes“ gefällt.

In einem Fall meldete sich der Kläger im Februar 1930 arbeitslos und beantragte die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung, da er rund 9 1/2 Monate als Holzhauer beim Forstamt beschäftigt war. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes lehnte die Gewährung der Unterstützung ab, da der Kläger verpflichtet sei, auf Verlangen des Forstamtes die Arbeit jederzeit aufzunehmen und deshalb dem Arbeitsmarkt nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehe. Der Spruchauschuß vertrat dieselbe Meinung. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß in der Regel nach einem bestimmten Aussetzen die Leute wieder regelmäßig beim Forstamt beschäftigt werden. Ganz sicher war sich die Spruchkammer über ihre Stellungnahme nicht und deshalb hat sie die Sache abgegeben an den Spruchsenat, um über die Frage eine grundsätzliche Entscheidung zu fällen, ob bei einem Arbeitsvertrag, wie ihn die Forstverwaltungen mit ihren Holzhauern abschließen, die Holzhauer während der tatsächlichen Arbeitsfreizeiten arbeitslos im Sinne des Gesetzes seien. Der Spruchsenat entschied auch über die Frage und betonte in seiner Entscheidung besonders, daß arbeitslos im Sinne des § 89 a ABAWG. nicht ist, wer in einem arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis steht oder wer dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht. Wird mit der Arbeit ausgesetzt, besteht aber der Arbeitsvertrag fort, so steht der Arbeitnehmer dann nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, wenn er verpflichtet ist, auf Verlangen des Arbeitgebers die Arbeit jederzeit wieder aufzunehmen.

Der Spruchsenat versuchte, auch diese Auffassung in längeren Ausführungen zu begründen. Wir können uns

dieser Auffassung nicht anschließen, da kein Unternehmer einen Arbeiter zwingen kann, nur bei ihm Arbeit anzunehmen.

Ein anderer Kläger ist mit einigen Unterbrechungen seit dem Jahre 1906 bei einer Firma beschäftigt. Am 18. April 1930 hat er sich mit der übrigen Belegschaft des Unternehmens arbeitslos gemeldet und die Arbeitslosenunterstützung beantragt. Der Antrag wurde vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes abgelehnt mit der Begründung, daß die Belegschaft nur vorübergehend aussetzen mußte und sie haben die sichere Aussicht auf Wiederaufnahme der Arbeit. Arbeitslosigkeit im Sinne des § 89 a liege daher nicht vor. Der Einspruch des Klägers hatte keinen Erfolg. Im Berufungsverfahren stellte die Spruchkammer fest, daß seit dem Inkrafttreten des NAWG. manche Betriebe bei Absatzrückungen die Arbeitnehmer nicht mehr wie früher für kurze Zeit zu beurlauben, sondern förmlich zu entlassen pflegen, damit sie in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung kommen. Die Spruchkammer betonte aber, daß dadurch der Arbeitsvertrag zwar formell gelöst ist, aber eine rechtliche Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht vorliege. Da die Arbeitsruhe zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart war, handelt es sich auch um keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Auch darüber hat sich der Spruchsenat in einer grundsätzlichen Entscheidung geäußert, daß ein Arbeitnehmer, der entlassen, aber verpflichtet ist, die Arbeit nach verhältnismäßig nicht zu langer Zeit wieder aufzunehmen, dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht. Nur konnte der Senat den letzteren Ausführungen der Spruchkammer (betrifft die formelle Lösung des Arbeitsverhältnisses) nicht in vollem Umfang beitreten und so wurde zu nochmaligen Verhandlung die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Zugunsten des Klägers wurde die dritte Entscheidung gefällt. In diesem Fall war der Kläger bei der Reichswasserstraßenverwaltung beschäftigt. Bei diesem Unternehmen wurde die Arbeit im Winter regelmäßig unterbrochen. Am 28. Dezember 1929 meldete sich der Kläger arbeitslos und beantragte die Gewährung der Unterstützung. Der Vorsitzende lehnte auch hier die Unterstützung ab, da der Kläger den erforderlichen Unterhalt in seinem eigenen Betriebe erwerben könne und deshalb als nicht erwerbslos anzusehen sei. Auf einen Einspruch des Klägers bewilligte der Spruchsenat die Unterstützung für die Zeit von zwei Monaten. Der Kläger legte gegen diese Entscheidung Berufung ein, mit dem Antrag, die Unterstützung über diese Zeit hinaus noch weiter zu gewähren. Dem wurde nicht stattgegeben, da die Spruchkammer der Auffassung war, das Arbeitsverhältnis sei nicht endgültig gelöst, sondern der Kläger mit der Arbeit nur ausgesetzt habe. Sie hat die Sache an den Spruchsenat abgegeben zur grundsätzlichen Entscheidung um folgende Frage zu klären: Ob Arbeitslosigkeit vorliegt, wenn der Arbeitnehmer nur mit der Arbeit ausgesetzt, ohne daß jedoch das Arbeitsverhältnis endgültig gelöst sei. Die Entscheidung des Senats hat folgenden Wortlaut:

Die Annahme, daß ein entlassener Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht, ist nicht schon deshalb gerechtfertigt, weil der Arbeitnehmer nach der tatsächlichen Übung damit rechnen kann, bei dem gleichen Arbeitgeber wieder eingestellt zu werden.

In den Entscheidungsgründen über obige grundsätzliche Auslegung hat der Senat auch zu der Frage Stellung genommen, nach welchen allgemeinen Grundsätzen zu prüfen ist, ob sogenannte werksbeurlaubte Arbeitnehmer auch arbeitslos im Sinne des § 89 a sind. Zur Sache betonte der Senat, daß der Arbeitnehmer zwar eine gewisse Aussicht habe, später bei seinem Arbeitgeber wieder beschäftigt zu werden. Dieses rechtfertigt jedoch nicht die Annahme, daß der entlassene Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehe und somit nicht arbeitslos im Sinne des Gesetzes sei. Die Arbeitslosenunterstützung kann in diesem Fall verweigert werden, sondern nur dann, wenn der Arbeitnehmer die Übernahme jeder andern Arbeit ablehnen würde, weil er sich nur seinem bisherigen Arbeitgeber zur Verfügung hält. Ob das der Fall ist, ist reine Tatsache und ist nach den Gesamtumständen des Einzelfalles zu entscheiden. Diese letztere Auffassung findet man sehr häufig, und es kann nur empfohlen werden, sich nach den Regeln dieser Entscheidung zu verhalten. Wer Arbeit verweigert aus den Gründen, daß er an dem und dem Tag bei seinem früheren Unternehmer wieder anfangen kann, dem kann die Unterstützung entzogen werden. Damit dürfte sehr bald eine erschöpfende Darlegung über den Begriff „Arbeitslosigkeit“ durch die grundsätzlichen Entscheidungen gemeinsam mit dem Wortlaut des Gesetzes geschaffen sein.

Politische Wochenschau

Aus dem Reichstag — Die Flucht der Nazis — Wie der Diätenverzicht der Nazis aussieht — Hausfuchungen bei den Nazis — Kommunisten unterstützen Stahlhelm-Volksbegehren

In der letzten Woche ging es im Reichstag äußerst lebhaft, vielfach ja sogar recht stürmisch zu. Es kam zu einer Kraftprobe zwischen den realpolitisch eingestellten Gruppen und der „nationalen Opposition“. Hierbei ist die nationale Opposition unterlegen, sie hat das Schlachtfeld geräumt und befindet sich auf der Flucht. Der Reichstag hat die Geschäftsordnung geändert, so daß es den Krafteiern künftig fast unmöglich ist, dort „Politik“ zu machen. Ferner hat der Reichstag beschlossen, die Immunität der Abgeordneten in allen Fällen aufzuheben, wenn der Abgeordnete sich gegen bestehende Gesetze vergangen hat. Künftig soll kein Abgeordneter eine periodisch erscheinende Druckschrift als verantwortlicher Redakteur zeichnen dürfen. Dadurch soll es den völkischen Hehaposteln unmöglich gemacht wer-

den, auch fernerhin ungestraft zu verleumden. Der Reichstag erledigte, von der nationalen Opposition befreit, eine Fülle von Arbeit. Reichsaußenminister Curtius berichtete über die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen. Außerdem wurde der Etat des Reichsjustizministers und des Reichswirtschaftsministers in erster Lesung behandelt. Zur Frage der Außenpolitik hat der Reichstag eine Entschließung angenommen, in der die Errichtung eines Ausschusses zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage gefordert wird. Zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums sprach der Sozialdemokrat Tarnow. Tarnow behandelte in ausgezeichneten Ausführungen die wirtschaftlichen Zusammenhänge und forderte Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Zum Justizetat sprach der Sozialdemokrat Dr. Landsberg, der die Stellungnahme des Reichsgerichts und einzelner Reichsgerichtsräte in politischen Prozessen scharf unter die Lupe nahm. Im Allgemeinen kann festgestellt werden, daß der Reichstag in den letzten Tagen, besonders aber seitdem die nationale Opposition das Reichstagsgebäude verlassen hat, positive Arbeit leistete.

Von den 577 Mitgliedern, die der Reichstag zählt, sind am letzten Dienstag 107 Nationalsozialisten, 41 Deutsche und 3 Landvolkleute, insgesamt 151 Mann, geümt. Geblieden sind 426 Abgeordnete, also 29 mehr, als der Reichstag der Kaiserzeit hatte. Die 426 haben sich durch den Ausgang der 151 keinen Augenblick in ihrer Arbeit aufhalten lassen. Warum sind die Nazis ausgerissen? Ganz einfach, sie konnten mit ihrer Demagogie nicht durchdringen. Die Mehrheit hat einer Geschäftsordnung zugestimmt, die diesen Rüpeln das Handwerk legte. Weiter wurde ihr die Verleumdungsfreiheit eingeschränkt. Nach den Beschlüssen des Reichstages müssen sich die Nazisbanditen des Reichstages in rund 390 Fällen vor dem Gericht für ihre Taten verantworten. Das paßt ihnen gar nicht; denn diese Schreier müssen nun für ihre niederträchtigen Verleumdungen vor dem Richter erscheinen. Die meisten dieser Burken werden jahrelange Gefängnisstrafen zu erwarten haben. Es ist verständlich, daß sie vom Reichstag nichts mehr wissen wollen!

Hitlers Völkischer Beobachter brachte über die ganze Seitenbreite und rot unterstrichen diese Schlagzeilen: Nationalsozialistische Ohrfeige für die Diätenpolitiker: Die Nationalsozialisten fordern die Ueberweisung ihrer Tagegelder an die Arbeitslosen. Sie lehnen das unwürdige Diätenkassieren der parlamentarischen Nichtstuer unter schwarz-roter Aufsicht ab. Der faustdicke Schwindel dieser Großsprecheri wurde am Freitag im Reichstag festgestellt: 1. Alle 107 Nationalsozialisten haben ihre Diäten für den ganzen Monat Februar bereits abgehoben. 2. Sie haben gar nicht die Ueberweisung ihrer ganzen Diäten beantragt, sondern bloß die durch ihr Fernbleiben „ersparten Diäten“. Die Sache ist wie folgt: 600 M im Monat stehen jedem Reichstagsabgeordneten zu. Für jeden unentschuldig veräumten Tag werden ihm 20 M abgezogen. Höchstens zwanzig Tage im Monat hat der Reichstag Sitzung. Wer alle Sitzungen veräumt, verliert 20 x 20 M = 400 M; es verbleiben also unter allen Umständen 200 M, die dem immer fehlenden Abgeordneten ausgezahlt werden. In den sitzungsfreien Sommermonaten gibt es keine Abzüge. Die streikenden Nazi-Abgeordneten haben also Anspruch auf die vollen 600 M. Darauf wollen sie nicht verzichten. Es steht also unumstößlich fest: Reiten Pfennig opfern die Nazis den Arbeitslosen, sie verschenken nur, was ihnen nicht gehört. Die Nazi handeln nach dem Wort: Selbst essen macht fett!

Im Laufe der Woche fanden in München und in Berlin sowie an verschiedenen andern Orten Hausfuchungen bei den Führern der Nationalsozialistischen Partei statt. Eine Fülle von Material wurde dabei beschlagnahmt, aus dem nachgewiesen werden kann, daß die Nationalsozialisten ihr gemeingefährliches Treiben fortsetzen. Die Hausfuchung in München hat ergeben, daß die Nationalsozialisten bestrebt sind, den Regierungsapparat zu bespitzeln. Der in München vorgefundene Schriftwechsel deutet darauf hin, daß bei allen Behörden des Reiches und der Länder nationalsozialistische Spitzel ihrer Zentrale über geplante Maßnahmen der Regierung berichtet haben. Das in Berlin vorgefundene Material stellte die engsten Beziehungen der nationalsozialistischen Parteizentrale mit den Mördern der Reichsbannerleute fest. Aus dem vorgefundenen Material ergab sich, daß die nationalsozialistische Partei den Mördern der Reichsbannerleute sowie politischen und andern gemeinen Verbrechern bei der Flucht ins Ausland behilflich gewesen ist. Diese Feststellungen waren den Nationalsozialisten außerordentlich peinlich.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf, in dem unter andern die Arbeiterschaft aufgefordert wird, in den Kampf zu treten gegen die Preußen-Regierung. Sinnweg mit Braun, Severing und ihrem volksfeindlichen Landtag. So lautet die Parole, die noch ergänzt wird durch nachfolgenden Kommentar: „Preußen ist nicht das „kleinere Uebel“, sondern im Gegenteil, heute der Hort der finsternen Reaktion in Deutschland. Die Politik der SPD. hindert nicht die Faschisierung, sondern bahnt dem Faschismus den Weg! Kein klassenbewußter Arbeiter darf den Finger trumm machen, damit die Bonzen-Wirtschaft der Braun, Grzesinsky und Severing bestehen bleiben.“ Diese interessanten und merkwürdigen Sätze finden wir in dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Die Arbeiter werden also aufgefordert, gemeinsame Sache mit dem Stahlhelm zu machen und seine Parole durchzuführen. Angesichts dieser Tatsache werden jedem denkenden Arbeiter die Augen aufgehen. Alle werden erkennen, daß die Stahlhelm-Unterstützung, die von der Kommunistischen Partei gefordert wird, Verrat an den Interessen der werktätigen Bevölkerung bedeutet.

Briefkasten der Redaktion

Schriftführer. Auch dieses Mal muß eine große Zahl von Berichten aus den Zahlstellen wegen Raum-mangels zurückgestellt werden.

Strehlen, H. W. Das Einkommen (Kriegsverletzente) ist voll anzurechnen, soweit es in einer Kalenderwoche 20 % desjenigen Betrages übersteigt, den der Kamerad in der Kalenderwoche einschließlich der Familienzuschläge von der Krisenunterstützung höchstens beziehen kann. Auf Grund der am 3. November 1930 in Kraft getretenen Verordnung kann der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes für den oben angegebenen Teil des Einkommens bindende Durchschnittssätze festsetzen. In Deiner Zuschrift war die Höhe der gewährten Unterstützung nicht angegeben. Verordnung und Erlaß sind im „Zimmerer“, Nummer 43, Jahrgang 1930, veröffentlicht.

Literarisches

Wie ein Mensch geboren ward. Preis broschiert 3 M., gebunden 5 M. Im Realit-Verlag, Berlin W 50, Passauer Straße 3, ist das vorzügliche Buch erschienen, das Max im Gorki zum Verfasser hat. Es sind eine Reihe kleiner Geschichten, die wir in dem trefflichen Buche finden. Der Menschenfreund Gorki schildert Menschen, russische Menschen. Seine Schilderungen sind unvergleichlich. Ein Meister der Schilderung und der Sprache ist dieser bedeutende Literat, der auch in dem vorliegenden Buche Zeugnis ablegt von seinem literarischen Können. Kritik und Realist verbinden sich in den Schilderungen Gorkis zu einer schriftstellerischen Einheit. Die vorliegende Schrift geht den Problemen der Menschheit nach. Der große Dichter und Denker Maxim Gorki hat der Menschheit schon manche literarische Perle übermitteln; in dem Buche „Wie ein Mensch geboren ward“ gibt er uns wieder eine. Wir müssen das Buch lesen.

Erziehung und Kultur unter dem Hakenkreuz. Nach der Wahl vom 14. September sind eine Reihe von Broschüren zur Bekämpfung des Nationalsozialismus erschienen. Aber in ihnen wird die kulturelle Seite, wird im besonderen die Frage der Erziehung kaum berücksichtigt. Inzwischen haben wir jedoch in Deutschland bereits zwei nationalsozialistische Volksbildungsminister, die sich als Bahnbrecher des Dritten Reiches fühlen und betätigen. Es ist deshalb anzuerkennen, einiges Material zur Kenntnis und zur Bekämpfung nationalsozialistischer Kulturauffassung und Kulturpolitik, Erziehungslehre und praktischer Schulpolitik zusammenzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hat deshalb soeben ein Referentienmaterial: „Kultur und Erziehung unter dem Hakenkreuz“, herausgegeben. Diese Zusammenstellung behandelt Hitlers Kulturauffassung und seine Erziehungsmaximen, das nationalsozialistische Kulturprogramm, die Erziehungs- und Schulforderungen des Nazi-Vertragsverbandes und die praktische Kultur- und Schulpolitik der Herren Fritsch und Franzen. Das Referentienmaterial ist 48 Seiten stark und zum Preise von 30 M. von der Verbearbeitung der SPD., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Gegen Spaltzüge. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Berlin. In der kleinen Schrift findet man die gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen der NSD., der Kaiserleute und der Nazis wiederzugeben. Allen Funktionären des Verbandes kann das Studium dieses Materials dringend empfohlen werden. Den Gewerkschaftspartnern wird die Masse vom Gestalt gerissen und gezeigt, wie gemeingefährlich das Treiben dieser Hilsstruppen der Unternehmer ist.

Anzeigen

Sterbetafel.

- Berlin. Am 20. Januar starb unser Kamerad **Heinrich Höter** im Alter von 51 Jahren an Freitod.
 - Dortmund. Am 10. Februar starb unser Kamerad **Reinhold Zippel** im Alter von 52 Jahren an Rehlkopfschlag.
 - Dresden. Am 31. Januar starb unser Kamerad **Hermann Claus** im Alter von 74 Jahren an Schlaganfall. — Am 1. Februar starb unser Kamerad **Emil Schumann** im Alter von 53 Jahren an Mantelentzündung. — Am 3. Februar starb unser Kamerad **Gustav Knoblauch** im Alter von 61 Jahren an Magenkrebs.
 - Fürstberg in Mecklenburg. Am 4. Februar starb unser Kamerad **Paul Schulz** im Alter von 41 Jahren.
 - Halle an der Saale. Am 4. Februar starb unser Kamerad **Anton Sollerer** im Alter von 27 Jahren an Lungenentzündung und Gehirnsucht.
 - Hamburg. Am 5. Februar starb unser Kamerad **Heinrich Eckhoff** im Alter von 77 Jahren an Herzschlag. — Am 6. Februar starb unser Kamerad **Karl Willert** im Alter von 60 Jahren an Herzschlag. — Am 11. Februar starb unser Kamerad **Bernhard Runge** im Alter von 63 Jahren an Lungenentzündung.
 - Hirschberg im Riesengebirge. Am 9. Februar starb unser Kamerad **Hermann Endo** im Alter von 75 Jahren an Altersschwäche.
 - Sagan. Am 12. Februar starb unser Kamerad **Richard Tschentke** im Alter von 23 Jahren infolge Anglistenfall.
 - Stralsund. Am 9. Februar starb unser Kamerad **Fritz Hagen** im Alter von 71 Jahren.
 - Zerbst. Am 6. Februar starb unser Kamerad **Gustav Hahnemann** im Alter von 65 Jahren.
- Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Freienwalde in Bommern

Lozalgesehente an durchreisende Kameraden können bis auf weiteres nicht mehr gezahlt werden. [3 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Wiesbaden

Allen durchreisenden Kameraden zur Kenntnis, daß ab 15. Februar 1931 kein Lozalgesehnt und kein Schlafgeld mehr gewährt werden kann. [3,75 M.] Der Vorstand.